



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

70. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 30. Dezember 2016

Nummer 46
Letzte Nummer

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
2022	21. 12. 2016	Satzung des Landschaftsverbandes Rheinland über die Entschädigung der Mitglieder der Landschaftsversammlung und der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger in den Ausschüssen (Entschädigungssatzung)	1204
2031	16. 12. 2016	Verordnung zur Änderung der Beihilfenverordnung Tarifbeschäftigte	1196
20320	16. 12. 2016	Siebte Verordnung zur Änderung der Beihilfenverordnung NRW	1196
2124	14. 12. 2016	Verordnung zur Änderung der Weiterbildungsverordnung Hygienefachkraft	1200
215	14. 12. 2016	Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitäter sowie Rettungshelferinnen und Rettungshelfer	1200
223	27. 12. 2016	Berichtigung des Gesetzes zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen (Gute Schule 2020)	1206
2251	15. 12. 2016	Achte Änderung der Satzung des Westdeutschen Rundfunks Köln	1200
2251	15. 12. 2016	Bekanntmachung der Reisekostenordnung für die Mitglieder des Rundfunkrats und des Verwaltungsrats des Westdeutschen Rundfunks Köln	1203
7134	14. 12. 2016	Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Geoinformationstechnologie	1204

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter, die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Sammlung der in Teil I des MBl. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBL. NRW.) stehen **im Intranet des Landes NRW** zur Verfügung.

Dasselbe wird **auch im Internet angeboten**. Die Adresse ist: <https://recht.nrw.de>. Hingewiesen wird auf die kostenlosen Angebote im Internet unter der genannten Adresse. Dort finden Sie Links zu vielen qualitativ hochwertigen Rechtsangeboten.

Wollen Sie die Inhaltsangabe eines jeden neuen Gesetzblattes oder Ministerialblattes per Mail zugesandt erhalten? Dann können Sie sich in das **Newsletter-Angebot** der Redaktion eintragen. Adresse: <https://recht.nrw.de>, dort: kostenlose Angebote.

2031

Verordnung zur Änderung der Beihilfenverordnung Tarifbeschäftigte

Vom 16. Dezember 2016

Auf Grund des § 2 Absatz 4 Satz 1 Halbsatz 1 des Gesetzes über die Anwendung beamten- und besoldungsrechtlicher Vorschriften auf nichtbeamtete Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 6. Oktober 1987 (GV. NRW. S. 342), der zuletzt durch Artikel 31 des Gesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310) geändert worden ist, verordnet das Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres und Kommunales:

Artikel 1

Die Beihilfenverordnung Tarifbeschäftigte vom 30. November 2011 (GV. NRW. S. 607) wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „Verblenden, implantologische Leistungen einschließlich Suprakonstruktionen“ gestrichen.
2. In § 4 Absatz 4 Satz 2 werden nach dem Wort „Pflegebedürftigkeit“ die Wörter „und erheblichem Betreuungsbedarf“ angefügt.
3. § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2012 in Kraft und gilt für Aufwendungen, die nach dem 31. Dezember 2011 entstanden sind.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2017 in Kraft und gilt für Aufwendungen, die nach dem 31. Dezember 2016 entstehen.

Düsseldorf, den 16. Dezember 2016

Der Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Norbert Walter-Borjans

– GV. NRW. 2016 S. 1196

20320

Siebte Verordnung zur Änderung der Beihilfenverordnung NRW

Vom 16. Dezember 2016

Auf Grund des § 75 Absatz 8 des Landesbeamtengesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642) verordnet das Finanzministerium:

Artikel 1

Die Beihilfenverordnung NRW vom 5. November 2009 (GV. NRW. S. 602), die zuletzt durch Verordnung vom 1. Dezember 2015 (GV. NRW. S. 844) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Nummer 3 werden die Wörter „§ 23 Landesbeamtengesetz in der Fassung des Dienstrechtsanpassungsgesetzes vom 16. Mai 2013 (GV. NRW. S. 234)“ durch die Wörter „§ 28 des Landesbeamtengesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642)“ ersetzt.
- bb) Nach Nummer 4 werden die Wörter „II, III oder V“ durch die Wörter „2, 3 oder 4“ und die Wörter „VI des Landesbeamtengesetzes“ durch die Wörter „5 des Landesbeamtengesetzes“ ersetzt.

„§ 23 Landesbeamtengesetz in der Fassung des Dienstrechtsanpassungsgesetzes vom 16. Mai 2013 (GV. NRW. S. 234)“ durch die Wörter „§ 28 des Landesbeamtengesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642)“ ersetzt.

- b) In Absatz 2 werden die Wörter „§§ 53 bis 56 Landesbeamtengesetz“ durch die Wörter „§§ 66 bis 69 des Landesbeamtengesetzes“ und die Wörter „der §§ 22 Absatz 1 Satz 2 oder 61 Absatz 2 Satz 2 zweiter Halbsatz oder Absatz 3 Satz 1 zweiter Halbsatz Landesbeamtengesetz“ durch die Wörter „von § 26 Absatz 1 Satz 2 oder § 33 Absatz 2 Satz 3 oder Absatz 5 Satz 2 des Landesbeamtengesetzes“ ersetzt.
 - c) In Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe a werden die Wörter „§ 40 Absatz 6 Übergeleitetes Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen“ durch die Wörter „§ 43 Absatz 6 des Landesbesoldungsgesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642), das durch Artikel 29 des Gesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310) geändert worden ist,“ ersetzt.
 - d) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „(BeamStG)“ gestrichen und nach der Angabe „(BGBI. I S. 1010)“ die Wörter „, das durch Artikel 15 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBI. I S. 160) geändert worden ist in Verbindung mit § 24 Absatz 6 des Landesbesoldungsgesetzes“ eingefügt.
 - e) In Absatz 7 Satz 1 werden die Wörter „(§ 54 Landesbeamtengesetz)“ durch die Wörter „(§ 67 des Landesbeamtengesetzes)“ ersetzt.
2. In § 2 Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „dem Übergeleiteten Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 16. Mai 2013 (GV. NRW. S. 234)“ durch die Wörter „§ 43 des Landesbesoldungsgesetzes“ ersetzt.
 3. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „bei Hilfsmitteln (§ 33 SGB V)“ durch die Wörter „bei Hilfsmitteln (§ 33 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch und § 40 Absatz 2 des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Soziale Pflegeversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBI. I S. 1014, 1015), das durch Artikel 2a des Gesetzes vom 11. Oktober 2016 (BGBI. I S. 2233) geändert worden ist, mit Ausnahme der Personen nach Absatz 4 Satz 2 Nummer 4)“ ersetzt.
 - b) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „82 LBG“ durch die Wörter „81 des Landesbeamtengesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642)“ ersetzt.
 4. § 4 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 5 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Eine notwendige Berufspflegekraft, solange die oder der Erkrankte nach ärztlicher Verordnung der häuslichen Krankenpflege (Behandlungspflege, Grundpflege, hauswirtschaftliche Versorgung, ambulante Palliativversorgung) bedarf.“
 - b) In Nummer 6 Satz 3 wird die Angabe „14“ durch die Angabe „28“ ersetzt und nach den Wörtern „sowie bei“ die Wörter „Alleinstehenden und“ eingefügt.
 - c) Nummer 10 Satz 7 und 8 werden aufgehoben.
 - d) Nach Nummer 10 werden folgende Nummern 10a bis 10c eingefügt:

„10a. Aufwendungen für die Erstbeschaffung einer ärztlichen verordneten Brille oder von ärztlich verordneten Kontaktlinsen sind beihilfefähig. Aufwendungen für die Ersatzbeschaffung von Sehhilfen (zwei Brillengläser/Kontaktlinsen) sind bei Personen, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, bei einer Änderung der Sehschärfe um mindestens 0,5 Dioptrien (sphärischer Wert) beihilfefähig. Bei gleichbleibender Sehschärfe sind die Aufwendungen einer Ersatzbeschaffung von Kontaktlinsen nach zwei Jahren bis zu 170 Euro je Kontaktlinse und nach drei Jahren von 220 Euro

je Brillenglas (bis 5,75 Dioptrien) oder 250 Euro je Glas (ab 6 Dioptrien) beihilfefähig.

10b. Aufwendungen für ein Brillengestell sind bis zu 70 Euro sowie die Einschleifkosten der Brillengläser in das Gestell bis zu einem Betrag von 25 Euro je Glas beihilfefähig. Aufwendungen für höherbrechende Gläser sind ab 6 Dioptrien beihilfefähig.

10c. Für die Ersatzbeschaffung einer Brille oder von Kontaktlinsen mit Ausnahme einer Prismenbrille reicht anstelle der ärztlichen Verordnung die Refraktionsbestimmung durch einen Augenoptiker aus. Die Aufwendungen für die Refraktionsbestimmung sind bis zu 13 Euro je Sehhilfe beihilfefähig.“

5. Nach § 4b Absatz 5 Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Aufwendungen für Telekommunikationsdienstleistungen sind nicht beihilfefähig.“

6. § 4c Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 Nummer 1 bis 4 werden jeweils die Wörter „besonderen Fällen“ durch das Wort „Ausnahmefällen“ ersetzt.
- b) In Satz 2 werden die Wörter „besonderen Fällen“ durch das Wort „Ausnahmefällen“ ersetzt und die Wörter „Nummer 3 und 4“ gestrichen.

7. § 4d wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Vor dem Wort „Regelfall“ wird das Wort „im“ eingefügt.
- bb) Die Wörter „besonderen Fällen“ werden durch das Wort „Ausnahmefällen“ ersetzt.
- cc) Folgender Satz wird angefügt:

„In Ausnahmefällen kann die Beihilfestelle die Beihilfefähigkeit von Aufwendungen für die Behandlung auch für eine über die in Satz 1 festgelegte Höchstzahl von Sitzungen hinaus anerkennen, wenn die medizinische Notwendigkeit durch ein Gutachten belegt wird.“

- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 2 werden die Wörter „besonderen Fällen“ durch das Wort „Ausnahmefällen“ ersetzt.
- bb) Nach Satz 3 wird folgender Satz eingefügt:

„In Ausnahmefällen kann die oberste Dienstbehörde die Beihilfefähigkeit von Aufwendungen für die Behandlung auch für eine über die in Satz 1 festgelegte Höchstzahl von Sitzungen hinaus anerkennen, wenn die medizinische Notwendigkeit durch ein Gutachten belegt wird.“

8. § 4g wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Aufwendungen für eine ambulante sozialpädiatrische Behandlung von Kindern in sozialpädiatrischen Zentren, die die Voraussetzungen des § 119 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch erfüllen, sind beihilfefähig bis zu der Höhe der Vergütung, die die Einrichtung mit dem Verband der privaten Krankenversicherung e.V., mit einem privaten Krankenversicherungsunternehmen oder mit Sozialversicherungsträgern in einer Vereinbarung getroffen hat. Aufwendungen für sozialpädagogische Leistungen sind nicht beihilfefähig.“

- b) In Absatz 3 wird die Angabe „§ 140b SGB V“ durch die Wörter „§ 140a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch“ ersetzt.

9. Die §§ 5 bis 5 e werden durch die folgenden §§ 5 bis 5g ersetzt:

„§ 5

Beihilfefähige Aufwendungen bei dauernder Pflegebedürftigkeit

(1) Pflegebedürftig sind Personen, die gesundheitlich bedingte Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkeit aufweisen und deshalb der Hilfe durch andere bedürfen. Es muss sich um Personen handeln, die körperliche, kognitive oder psychische Beeinträchtigungen oder gesundheitlich bedingte Belastungen oder Anforderungen nicht selbständig kompensieren oder bewältigen können. Die Pflegebedürftigkeit muss auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate und mit mindestens der in § 15 des Elften Buches Sozialgesetzbuch festgelegten Schwere bestehen.

(2) Die Beihilfestelle entscheidet über die Beihilfefähigkeit der Aufwendungen auf Grund eines ärztlichen Gutachtens, das zu dem Vorliegen der dauernden Pflegebedürftigkeit, der Art und dem notwendigen Umfang der Pflege und dem Pflegegrad Stellung nimmt. Bei Versicherten in der Pflegeversicherung sind deren Feststellungen zugrunde zu legen. Dies gilt auch für Befristungen nach § 33 Absatz 1 Sätze 4 bis 8 des Elften Buches Sozialgesetzbuch. Die Beihilfe wird ab Beginn des Monats der erstmaligen Antragstellung oder des Antrages auf einen höheren Pflegegrad gezahlt, frühestens jedoch ab dem Zeitpunkt, von dem an die jeweiligen Anspruchsvoraussetzungen vorliegen.

(3) Die beihilfefähigen Aufwendungen bei dauernder Pflegebedürftigkeit richten sich nach den §§ 5a bis 5g.

(4) Wird im Rahmen der Entscheidung über die Pflegebedürftigkeit durch den Gutachter der Pflegekasse eine Rehabilitationsempfehlung ausgesprochen (§ 18a Absatz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch), gilt § 6 mit Ausnahme von Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie § 7 Absatz 4 mit Ausnahme des Satzes 2 (§ 7 Absatz 2 Buchstaben a bis d) entsprechend. Die Mitteilung der zuständigen Pflegekasse ist vom Beihilfeberechtigten vor der Bewilligung durch die Beihilfestelle vorzulegen.

(5) Die Beihilfestelle beteiligt sich an den Kosten für eine Pflegeberatung nach § 7a des Elften Buches Sozialgesetzbuch, soweit das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Finanzministerium, entsprechenden Rahmenvereinbarungen des Bundesministeriums des Innern mit der COMPASS Private Pflegeberatung GmbH beigetreten ist.

§ 5a

Häusliche Pflege

(1) Aufwendungen für häusliche Pflege entsprechend § 36 Absatz 1 und 2 des Elften Buches Sozialgesetzbuch in Form körperbezogener Pflegemaßnahmen, pflegerischen Betreuungsmaßnahmen und Hilfen bei der Haushaltsführung (häusliche Pflegehilfe) sind in Höhe der in § 36 Absatz 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch genannten Beträge beihilfefähig. Voraussetzung ist, dass die häusliche Pflege durch geeignete Pflegekräfte (§ 36 Absatz 4 Satz 2 und 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch) erbracht wird und die Aufwendungen nicht bereits nach § 4 Absatz 1 Nummer 5 beihilfefähig sind. § 36 Absatz 4 Satz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch gilt entsprechend. Entstehen aufgrund eines höheren Pflegebedarfs von Pflegebedürftigen der Pflegegrade 4 und 5 höhere Aufwendungen, sind diese monatlich zusätzlich bei Pflegegrad 4 bis 1 000 Euro und bei Pflegegrad 5 bis zu 1 995 Euro (Pflegezuschlag) beihilfefähig.

(2) Aufwendungen für Leistungen

- zur Entlastung pflegender Angehöriger oder vergleichbar Nahestehender in ihrer Eigenschaft als Pflegende oder
- zur Förderung der Selbständigkeit und Selbstbestimmtheit der Pflegebedürftigen bei der Gestaltung ihres Alltags

sind entsprechend der §§ 45a und 45b des Elften Buches Sozialgesetzbuch beihilfefähig.

(3) Anstelle der Beihilfe für häusliche Pflegehilfe nach Absatz 1 ist ein Pflegegeld nach § 37 Absatz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch beihilfefähig, sofern die Pflege durch andere als die in Absatz 1 Satz 2 genannten Pflegekräfte erfolgt. Neben dem Pflegegeld ist aus Fürsorgegründen bei Pflegebedürftigen des Pflegegrades 4 ein Pflegezuschlag von 150 Euro und bei Pflegegrad 5 von 240 Euro monatlich beihilfefähig.

(4) Besteht der Anspruch auf Pflegegeld und Pflegezuschlag nach Absatz 3 nicht für einen vollen Kalendermonat, ist das Pflegegeld und der Pflegezuschlag um ein Dreißigstel für jeden nicht in Anspruch genommenen Tag zu mindern. Pflegegeld in Höhe der Hälfte des vor Beginn der Verhinderungs- oder Kurzzeitpflege geleisteten Pflegegeldes ist

1. während einer Verhinderungspflege nach Absatz 8 für bis zu sechs Wochen je Kalenderjahr und
2. während einer Kurzzeitpflege nach § 5b Absatz 3 für bis zu acht Wochen je Kalenderjahr

zusätzlich beihilfefähig. Der Anspruch auf Pflegegeld gilt für die ersten vier Wochen einer vollstationären Krankenhausbehandlung (§ 4 Absatz 1 Nummer 2), einer stationären Rehabilitationsmaßnahme (§ 6) oder des Monats, in dem der Pflegebedürftige gestorben ist, fort.

(5) Beihilfefähig sind auch Aufwendungen für Beratungsbesuche im Sinne des § 37 Absatz 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch, sofern für den jeweiligen Beratungsbesuch ein Anspruch auf Leistungen durch die private oder soziale Pflegeversicherung besteht. § 37 Absatz 4 Satz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch bleibt unberührt. Der Umfang der beihilfefähigen Aufwendungen bestimmt sich entsprechend § 37 Absatz 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch. § 37 Absatz 6 des Elften Buches Sozialgesetzbuch gilt entsprechend.

(6) Erfolgt die häusliche Pflegehilfe nach Absatz 1 nur teilweise durch eine geeignete Pflegekraft nach Absatz 1 Satz 2, und erbringt die Pflegeversicherung Kombinationsleistungen nach § 38 des Elften Buches Sozialgesetzbuch, ist daneben ein anteiliges Pflegegeld nach Absatz 3 Satz 1 beihilfefähig. Das Pflegegeld ist um den Prozentsatz zu mindern, zu dem Beihilfe nach Absatz 1 gezahlt wird. Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 Satz 2 gelten entsprechend. Dem Aufteilungsmaßstab der Pflegeversicherung ist zu folgen.

(7) Pflegebedürftige Personen in vollstationären Einrichtungen der Hilfe für behinderte Menschen erhalten ungekürztes Pflegegeld anteilig für die Tage, an denen sie sich in häuslicher Pflege befinden. Absatz 3 Satz 2 gilt nicht.

(8) Ist eine Pflegeperson nach Absatz 3 wegen Erholungsurlaubs, Krankheit oder aus anderen Gründen an der häuslichen Pflege gehindert, sind die Aufwendungen für eine notwendige Ersatzpflege entsprechend § 39 des Elften Buches Sozialgesetzbuch beihilfefähig. Voraussetzung ist, dass die Pflegeperson die pflegebedürftige beihilfeberechtigte oder berücksichtigungsfähige Person vor der erstmaligen Verhinderung mindestens sechs Monate in ihrer häuslichen Umgebung gepflegt hat.

§ 5b

Teilstationäre Pflege und Kurzzeitpflege

(1) Aufwendungen für teilstationäre Pflege in Einrichtungen der Tages- oder Nachtpflege sind entsprechend § 41 Absatz 2 des Elften Buches Sozialgesetzbuch beihilfefähig, wenn

1. häusliche Pflege nicht in ausreichendem Umfang sichergestellt werden kann oder
2. die teilstationäre Pflege zur Ergänzung oder Stärkung der häuslichen Pflege erforderlich ist.

(2) Die teilstationäre Pflege umfasst auch die notwendige Beförderung der pflegebedürftigen Person

von der Wohnung zur Einrichtung der Tages- oder Nachtpflege und zurück. Aufwendungen für Leistungen der teilstationären Tages- oder Nachtpflege sind neben den Aufwendungen nach § 5a Absatz 1, 3 Satz 1 oder 6 beihilfefähig. § 5a Absatz 3 Satz 2 gilt nicht.

(3) Kann die häusliche Pflege zeitweise nicht, noch nicht oder nicht im erforderlichen Umfang erbracht werden und reicht auch die teilstationäre Pflege nach Absatz 1 nicht aus, sind Aufwendungen für Kurzzeitpflege entsprechend § 42 des Elften Buches Sozialgesetzbuch beihilfefähig.

§ 5c

Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegeperson

(1) Auf Antrag der Pflegeperson sind beihilfefähig

1. Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung nach § 44a Absatz 1 und 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuch und
2. Pflegeunterstützungsgeld nach § 44a Absatz 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch.

(2) Die Beihilfestelle führt an die jeweiligen Leistungsträger Leistungen ab für die

1. Pflegeperson im Sinne des § 19 des Elften Buches Sozialgesetzbuch zur sozialen Sicherung nach § 44 Absatz 1, 2 und 2b des Elften Buches Sozialgesetzbuch und
2. Bezieherinnen und Bezieher von Pflegeunterstützungsgeld nach § 26 Absatz 2b des Dritten Buches Sozialgesetzbuch in Verbindung mit den §§ 345 und 347 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch.

(3) Die Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 werden in Höhe des Bemessungssatzes der beihilfeberechtigten oder berücksichtigungsfähigen Person gezahlt.

§ 5d

Vollstationäre Pflege

(1) Aufwendungen für vollstationäre Pflege in einer zugelassenen Pflegeeinrichtung im Sinne des § 72 Absatz 1 Satz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch oder in einer vergleichbaren Einrichtung sind beihilfefähig, wenn häusliche oder teilstationäre Pflege nicht möglich ist oder wegen der Besonderheit des Falles nicht in Betracht kommt. Beihilfefähig sind

1. pflegebedingte Aufwendungen einschließlich der Aufwendungen für Betreuung und
2. Aufwendungen für medizinische Behandlungspflege, sofern hierzu nicht nach § 4 Absatz 1 Nummer 5 Beihilfe gezahlt wird.

(2) Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung einschließlich der Zusatzleistungen sowie Investitionskosten (§§ 82 Absatz 3 und 88 des Elften Buches Sozialgesetzbuch) werden als Beihilfe gezahlt, soweit sie folgende Eigenanteile übersteigen

1. bei Beihilfeberechtigten mit
 - a) einem Angehörigen 30 Prozent,
 - b) mehreren Angehörigen 25 Prozent

des um 600 Euro – bei Empfängern von Versorgungsbezügen um 450 Euro – verminderten Einkommens oder

2. bei Beihilfeberechtigten ohne Angehörige sowie bei gleichzeitiger stationärer Pflege des Beihilfeberechtigten und aller Angehörigen 50 Prozent des um 400 Euro verminderten Einkommens.

Einkommen sind die monatlichen (Brutto-)Dienstbezüge (ohne sonstige variable Bezügebestandteile) oder Versorgungsbezüge, das Erwerbseinkommen sowie Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und aus einer Alters- oder Hinterbliebenenversorgung des Beihilfeberechtigten. Angehörige im Sinne des Satzes 1 sind nur der Ehegatte, der eingetragene Lebenspartner sowie die Kinder, die nach § 2 zu be-

rücksichtigen oder nur deshalb nicht zu berücksichtigen sind, weil sie selbst beihilfeberechtigt sind. Wird zu den Aufwendungen für die Pflege eines Angehörigen eine Beihilfe gezahlt, sind dem Einkommen des Beihilfeberechtigten das Erwerbseinkommen, die Versorgungsbezüge sowie die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und aus einer Alters- oder Hinterbliebenenversorgung des Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartners hinzuzurechnen.

(3) Bei einer Pflege in einer Einrichtung, die die Voraussetzungen des § 71 Absatz 2 des Elften Buches Sozialgesetzbuch erfüllt, sind höchstens die vergleichbaren Kosten einer Einrichtung nach § 72 Absatz 1 Satz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch am Ort der Unterbringung oder seiner nächsten Umgebung beihilfefähig. Absatz 1 und 2 gilt entsprechend.

(4) Aufwendungen für zusätzliche Betreuung und Aktivierung entsprechend § 43b des Elften Buches Sozialgesetzbuch, die über die nach Art und Schwere der Pflegebedürftigkeit notwendige Versorgung hinausgehen, sind zusätzlich beihilfefähig.

(5) Aufwendungen entsprechend § 37a Absatz 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuch sind beihilfefähig, wenn

1. die pflegebedürftige beihilfeberechtigte oder berücksichtigungsfähige Person nach der Durchführung aktivierender oder rehabilitativer Maßnahmen in einen niedrigeren Pflegegrad zurückgestuft wurde oder
2. festgestellt wurde, dass die zuvor pflegebedürftige beihilfeberechtigte oder berücksichtigungsfähige Person nicht mehr pflegebedürftig im Sinne der §§ 14 und 15 des Elften Buches Sozialgesetzbuch ist.

§ 5e

Pflegehilfsmittel und Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes

Aufwendungen für

1. Pflegehilfsmittel nach § 40 Absatz 1, 3 und 5 des Elften Buches Sozialgesetzbuch und
2. Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes der pflegebedürftigen Person nach § 40 Absatz 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuch

sind beihilfefähig, wenn die Pflegeversicherung hierzu Leistungen erbringt. Die Mitteilung der Pflegeversicherung der pflegebedürftigen Person ist für die Beihilfestelle bindend und zunächst abzuwarten.

§ 5f

Ambulant betreute Wohngruppen und Einrichtungen der Behindertenhilfe

(1) Entstehen Aufwendungen nach § 5a Absatz 1 bis 3 Satz 1, 5 und 6 in ambulant betreuten Wohngruppen, wird eine weitere Beihilfe entsprechend § 38a Absatz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch zum jeweiligen Bemessungssatz gewährt. Daneben sind Aufwendungen im Rahmen der Anschubfinanzierung zur Gründung ambulant betreuter Wohngruppen entsprechend § 45e des Elften Buches Sozialgesetzbuch beihilfefähig. § 5a Absatz 3 Satz 2 gilt nicht.

(2) Beihilfefähig sind entsprechend § 43a des Elften Buches Sozialgesetzbuch Aufwendungen für Pflege und Betreuung in einer vollstationären Einrichtung der Hilfe für behinderte Menschen, in der die Teilhabe am Arbeitsleben und am Leben in der Gemeinschaft, die schulische Ausbildung oder die Erziehung behinderter Menschen im Vordergrund des Einrichtungszwecks stehen.

§ 5g

Aufwendungen der Pflegebedürftigen mit Pflegegrad 1

(1) Für pflegebedürftige beihilfeberechtigte oder berücksichtigungsfähige Personen des Pflegegrades 1 sind Aufwendungen beihilfefähig für

1. Pflegeberatung nach § 5 Absatz 4 und Beratung in der eigenen Häuslichkeit nach § 5a Absatz 6,
2. zusätzliche Leistungen in ambulant betreuten Wohngruppen nach § 5f Absatz 1, ohne dass Aufwendungen nach § 5a Absatz 1 bis 3 und 6 entstanden sein müssen,
3. Pflegehilfsmittel sowie Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes nach § 5e,
4. zusätzliche Betreuung und Aktivierung in stationären Pflegeeinrichtungen nach § 5d Absatz 4,
5. vollstationäre Pflege nach § 5d Absatz 1 in Höhe von 125 Euro monatlich,
6. den Entlastungsbetrag nach § 5a Absatz 2,
7. Rückstufung nach § 5d Absatz 5 und
8. Pflegekurse für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen nach § 45 des Elften Buches Sozialgesetzbuch.

(2) Die Beihilfefähigkeit der Aufwendungen richtet sich nach der Entscheidung der zuständigen Pflegeversicherung, die zunächst durch die Beihilfestelle abzuwarten ist.“

10. In § 6 Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „ und 7 und“ durch die Angabe „7 oder“ ersetzt.

11. § 6 a Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „und 7 und“ durch die Angabe „7 oder“ ersetzt.
- b) In Satz 2 die Angabe „und 9“ durch die Wörter „oder § 4i Absatz 1 bis 4“ ersetzt.

12. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Aus schwerwiegenden gesundheitlichen Gründen kann der behandelnde Arzt (Kurarzt) bei ambulanter Heilkur eine Verlängerung bis zu 14 Kalendarstage und bei ambulanter Rehabilitationsmaßnahme bis zu zehn Behandlungstage verordnen.“

- b) Absatz 2 Buchstabe b Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„im laufenden Kalenderjahr oder in den drei vorangegangenen Kalenderjahren (bei Beamten und Richtern, die Dienstbezüge erhalten und das 63. Lebensjahr vollendet haben im laufenden oder vorangegangenen Kalenderjahr) keine anerkannte Maßnahme nach Absatz 1 oder den §§ 6 oder 6a durchgeführt wurde.“

- c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Zu den Fahrkosten, den Aufwendungen für Kurtaxe sowie Unterkunft und Verpflegung am Kurort oder seiner unmittelbaren Umgebung wird ein Zuschuss von täglich 60 Euro einschließlich der Reisetage gezahlt.“

- bb) In Satz 4 wird die Angabe „20“ durch die Angabe „40“ ersetzt.

13. § 12 Absatz 7 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „sowie der Fürsorgeleistung nach § 5 d Absatz 1 Satz 2“ gestrichen.
- b) Satz 4 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Aufwendungen nach den §§ 5, 5a bis 5g sind getrennt abzurechnen. Dabei sind die beihilfefähigen Pauschalen nach § 5e Nummer 2, § 5f Absatz 1 und der beihilfefähige Betrag nach § 5a Absatz 3 als dem Grunde nach beihilfefähige Aufwendungen zu berücksichtigen.“

14. In § 13 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 werden die Wörter „Artikel 2 § 1 Absatz 5 Hochschulfreiheitsgesetz vom 31. Oktober 2006 (GV. NRW. S. 474) oder nach Artikel 7 § 5 Hochschulfreiheitsgesetz“ durch die Wörter „§ 74 Absatz 3 des Kunsthochschulgesetzes vom 13. März 2008 (GV. NRW. S. 195), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW.

S. 310) geändert worden ist, oder § 77 Absatz 5 in Verbindung mit Absatz 3 des Hochschulgesetzes vom 16. September 2014 (GV. NRW. S. 547), das durch Artikel 9 des Gesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310) geändert worden ist,“ ersetzt.

15. Dem § 17 a werden die folgenden Absätze 8 und 9 angefügt:

„(8) Die Regelungen der Siebten Verordnung zur Änderung der Beihilfenverordnung vom 16. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1196) gelten für Aufwendungen, die nach dem 31. Dezember 2016 entstehen.

(9) Soweit vor dem 1. Januar 2017 Anspruch auf Leistungen nach den §§ 5, 5a Absatz 1 Satz 1 und Absätze 2 bis 5, § 5d in Verbindung mit § 12 Absatz 7 Satz 1 sowie § 5e in der bis zum 31. Dezember 2016 geltenden Fassung bestand, sind diese Regelungen auf einmaligen widerrufbaren Antrag des Beihilfeberechtigten weiterhin anzuwenden.“

16. Anlage 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 werden die Wörter „zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2510)“ durch die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.
- b) In Nummer 5 werden nach dem Wort „(MPG)“ die Wörter „in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. August 2002 (BGBl. I S. 3146), in der jeweils geltenden Fassung“ eingefügt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2017 in Kraft und gilt für Aufwendungen, die nach dem 31. Dezember 2016 entstehen.

Düsseldorf, den 16. Dezember 2016

Der Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Norbert Walter-Borjans

– GV. NRW. 2016 S. 1196

2124

Verordnung zur Änderung der Weiterbildungsverordnung Hygienefachkraft Vom 14. Dezember 2016

Auf Grund des § 7 Absatz 1 des Weiterbildungsgesetzes Alten- und Gesundheits- und Krankenpflege vom 24. April 1990 (GV. NRW. S. 270), der zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 20. November 2007 (GV. NRW. S. 572) geändert worden ist, verordnet das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter nach Anhörung des zuständigen Ausschusses des Landtags:

Artikel 1

In § 31 der Weiterbildungsverordnung Hygienefachkraft vom 28. September 2012 (GV. NRW. S. 461) wird die Angabe „2016“ durch die Angabe „2021“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 14. Dezember 2016

Die Ministerin
für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen
Barbara Steffens

– GV. NRW. 2016 S. 1200

215

Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Rettungsanwärterinnen und Rettungsanwärter sowie Rettungshelferinnen und Rettungshelfer Vom 14. Dezember 2016

Vom 14. Dezember 2016

Auf Grund des § 4 Absatz 6 des Rettungsgesetzes NRW vom 24. November 1992 (GV. NRW. S. 458), der durch Artikel 17 des Gesetzes vom 15. Juni 1999 (GV. NRW. S. 386) eingefügt worden ist, verordnet das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter:

Artikel 1

In § 18 Absatz 2 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Rettungsanwärterinnen und Rettungsanwärter sowie Rettungshelferinnen und Rettungshelfer vom 30. Juni 2012 (GV. NRW. S. 282) wird die Angabe „2016“ durch die Angabe „2017“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 14. Dezember 2016

Die Ministerin
für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen

Barbara Steffens

– GV. NRW. 2016 S. 1200

2251

Achte Änderung der Satzung des Westdeutschen Rundfunks Köln Vom 15. Dezember 2016

Der Rundfunkrat hat am 1. September 2016 gemäß § 16 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. April 1998 (GV. NRW. S. 265), der zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. Februar 2016 (GV. NRW. S. 79) geändert worden ist, folgende Änderung der Satzung des Westdeutschen Rundfunks Köln beschlossen:

1

Änderungen der Satzung des Westdeutschen Rundfunks Köln

Die Satzung des Westdeutschen Rundfunks Köln in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März 2003 (GV. NRW. S. 204), die zuletzt durch Änderungssatzung vom 21. Februar 2014 (GV. NRW. S. 200) geändert wurde, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 2 Buchstabe c wird das Wort „Rundfunkrats“ durch das Wort „Verwaltungsrats“ ersetzt.
2. § 3a wird wie folgt geändert:
 - a) Die Absatzbezeichnung (1) wird gestrichen.
 - b) Die Absätze 2 und 3 werden aufgehoben.
3. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 15 Abs. 2 bis 5“ durch die Angabe „§ 15 Abs. 3“ ersetzt.
 - bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - aaa) Die Wörter „von Frauen“ werden durch die Wörter „der Geschlechterparität“ ersetzt.

- bbb) Die Angabe „§ 15 Abs. 1 Sätze 2 und 6“ wird durch die Angabe „§ 15 Abs. 1, 6 und 7“ ersetzt.
- b) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
- „Entsprechendes gilt für die Voraussetzungen nach § 15 Abs. 1, 6 und 7 zur Geschlechterparität.“
- c) In Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „§ 15 Abs. 3 bis 5“ durch die Angabe „§ 15 Abs. 3 und 4“ ersetzt.
- d) Nach Absatz 3 werden folgende Absätze 4 bis 8 eingefügt:
- „(4) Der/Die Vorsitzende des Rundfunkrats eröffnet das Verfahren gemäß § 15 Abs. 5 WDR-Gesetz zur Bestimmung zweier Mitglieder und zweier stellvertretender Mitglieder durch den Rundfunkrat in der im Gesetz vorgegebenen Frist und ist für dessen Durchführung verantwortlich. Der/Die Vorsitzende des Rundfunkrats trägt dafür Sorge, dass die Bekanntmachungen gemäß § 15 Abs. 4 und 5, soweit sie sich auf den WDR beziehen, im Online-Angebot des WDR-Rundfunkrats veröffentlicht werden.
- (5) Bei den beiden Mitgliedern und den beiden stellvertretenden Mitgliedern die gemäß § 15 Abs. 5 vom Rundfunkrat gewählt werden, ist ebenfalls Geschlechterparität wie für die übrigen Mitglieder (§ 15 Abs. 3 und 4 WDR-Gesetz) anzustreben.
- (6) Der Rundfunkrat wählt von den gemäß § 15 Abs. 5 WDR-Gesetz zugelassenen Bewerberinnen und Bewerbern gemäß dem in § 18 Abs. 8 WDR-Gesetz beschriebenen Verfahren in einem ersten Wahlgang zwei Bewerber(innen) für die beiden zu besetzenden Sitze im Rundfunkrat aus. Dabei hat jedes gemäß § 15 Abs. 2 bis 4 entsandte Mitglied des Rundfunkrats zwei Stimmen entsprechend der Zahl der zu vergebenden Plätze abzugeben, davon je eine Stimme für eine Frau und einen Mann. Enthaltungen gelten wie auch die nicht geschlechterparitätische Abgabe von zwei Stimmen oder die Abgabe von nur einer Stimme als ungültige Stimmen. Das gleiche Verfahren gilt in einem zweiten Wahlgang für die zu wählenden stellvertretenden Mitglieder. Sofern Bewerber(innen) ausdrücklich erklärt haben, ausschließlich für die Funktion als stellvertretendes Mitglied zur Verfügung zu stehen, werden sie im ersten Wahlgang nicht berücksichtigt. Das Gleiche gilt im zweiten Wahlgang für Bewerber(innen), die erklären, als stellvertretendes Mitglied nicht zur Verfügung zu stehen.
- (7) In einem dritten Wahlgang werden die zu besetzenden fünf Plätze auf der Nachrückliste für die beiden ordentlichen Mitglieder ermittelt. Bei diesem Wahlgang können die unter Abs. 6 gewählten beiden stellvertretenden Mitglieder, sofern sie nicht ausdrücklich erklärt haben, ausschließlich als stellvertretende Mitglieder zur Verfügung zu stehen, als mögliche Nachrücker(innen) gewählt werden. In einem vierten Wahlgang werden die zu besetzenden fünf Plätze auf der Nachrückliste für die beiden stellvertretenden Mitglieder ermittelt. Bei diesem Wahlgang können alle Kandidat(en/innen) gewählt werden, die nach den Wahlgängen eins bis drei nicht gewählt worden sind, sofern sie nicht ausdrücklich erklärt haben, als stellvertretendes Mitglied nicht zur Verfügung zu stehen. Im dritten und vierten Wahlgang hat jedes der stimmberechtigten Rundfunkratsmitglieder nach § 18 Abs. 8 WDR-Gesetz wiederum zwei Stimmen.
- (8) Der/die Vorsitzende des Rundfunkrats unterrichtet nach dem Wahlverfahren unverzüglich schriftlich alle gewählten Bewerber(innen). Diese müssen spätestens innerhalb sieben Tagen ihre Entscheidung über Annahme oder Nichtannahme der Wahl gegenüber der/dem Vorsitzenden mitteilen. Im Falle der Nichtannahme einer Wahl treten automatisch die gemäß § 15 Abs. 5 WDR-Gesetz
- (für den Fall des § 15 Abs. 12) vom Rundfunkrat zu erstellenden Nachrücklisten in Kraft. Alle übrigen Bewerberinnen und Bewerber werden über den Abschluss des Verfahrens unterrichtet.“
- e) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 9 und wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern „Entsendung der“ die Angabe „gemäß § 15 Abs. 3 bis 4“ und nach den Wörtern „benannten Personen“ die Wörter „sowie der Entsendung der gemäß § 15 Abs. 2 vom Landtag Nordrhein-Westfalen entsandten Personen“ eingefügt.
- bb) Satz 3 wird wie folgt geändert:
- aaa) Die Angabe „§ 15 Abs. 1 Sätze 3 bis 6“ wird durch die Angabe „§ 15 Abs. 1, 6 und 7“ ersetzt.
- bbb) Das Wort „(Frauenquote)“ wird durch die Wörter „zur Geschlechterparität“ ersetzt.
- f) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 10 und die Wörter „und in den Fällen des § 15 Abs. 8 Sätze 5 und 6 WDR-Gesetz“ werden gestrichen.
- g) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 11 und nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:
- „Jede Bewerberin und jeder Bewerber für die vom Rundfunkrat zu wählenden beiden natürlichen Personen gemäß § 15 Abs. 5 WDR-Gesetz muss solche Tatsachen mit ihrer/seiner Bewerbung mitteilen.“
- h) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 12 und die Angabe „§ 15 Abs. 13“ wird durch „§ 15 Abs. 14“ ersetzt.
4. § 4a wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Wörter „jede(r) Stellvertreter(in)“ werden durch die Wörter „jedes stellvertretende Mitglied“ und die Angabe „§ 17 Satz 1“ durch die Angabe „55b WDR-Gesetz in Verbindung mit § 16 Satz 1“ ersetzt.
- bb) Nach dem Wort „Korruptionsbekämpfungsgesetzes“ wird die Angabe „NRW“ eingefügt.
- cc) Der Nebensatz „in Verbindung mit § 55b des Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk Köln,“ wird gestrichen.
- b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „erfolgen“ die Wörter „im Laufe einer Amtsperiode“ eingefügt und nach dem Wort „Jahr“ das Komma und die Wörter „erstmal zum 1. Januar 2014“ gestrichen.
- c) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4.
- d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5 und wie folgt gefasst:
- „(5) Bei Neuentsendung bzw. Wahl in den Rundfunkrat und bei Neukonstituierung des Gremiums sind die entsprechenden Auskünfte so rechtzeitig abzugeben, dass sie unmittelbar mit Beginn der Mitgliedschaft veröffentlicht werden können.“
5. Dem § 5 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
- „Dabei sind die Bestimmungen in § 17 Abs. 4 WDR-Gesetz zu beachten.“
6. § 5a wird wie folgt geändert:
- a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:
- „Sie bilden das erweiterte Präsidium.“
- b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
- „(3) Aufgabe des erweiterten Präsidiums ist der Informationsaustausch zwischen den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Rundfunkrats und der Ausschüsse.“
7. In § 6 Absatz 4 werden die Angabe „§ 14 Abs. 2 Satz 1“ durch die Angabe „§ 14 Abs. 4“ und die Angabe „§ 14 Abs. 4 Satz 2“ durch die Angabe „§ 14 Abs. 4 Satz 6“ ersetzt.

8. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 15 Abs. 13“ durch die Angabe „§ 15 Abs. 14“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird jeweils nach dem Wort „Geschäftsstelle“ das Wort „(Gremienbüro)“ eingefügt.
 - cc) In Satz 3 wird das Wort „diese“ durch das Wort „diejenigen“ ersetzt und nach dem Wort „tagen“ ein Komma und die Wörter „die kein gesetzlich geregeltes Teilnahmerecht haben“ eingefügt.

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Tagesordnungspunkte, bei denen die Erörterung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen unvermeidlich ist, werden in nicht-öffentlicher Sitzung beraten.“

c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Enthalten Sitzungen des Rundfunkrats einen öffentlichen und einen nicht-öffentlichen Teil, soll die Sitzung mit dem öffentlichen Teil beginnen.“

d) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Mit der Mehrheit der Mitglieder des Rundfunkrats kann im begründeten Einzelfall entschieden werden, dass Tagesordnungspunkte der öffentlichen Sitzung im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden. Die Niederschriften der vertraulichen Tagungsordnungspunkte der Sitzungen des Rundfunkrats sind ebenfalls vertraulich.“

9. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Auf die Sitzungen wird im Internetauftritt des Rundfunkrats zwei Wochen vor der Sitzung unter Angabe von Ort und Zeit hingewiesen. Die dort zu beratenden Tagesordnungspunkte sind anzuzeigen. Tagesordnungspunkte, bei denen die Erörterung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen unvermeidlich ist und solche, deren konkrete Nennung schon Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse offenbaren würde, können generell umschrieben werden.“

b) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „der/die Stellvertreter(in)“ durch die Wörter „das stellvertretende Mitglied“ ersetzt.

c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „Stellvertreter(n/innen)“ durch die Wörter „stellvertretenden Mitgliedern“ ersetzt.

10. In § 9 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Auf“ durch die Wörter „Sofern dies im WDR-Gesetz nicht ohnehin vorgesehen ist, erfolgen auf“ ersetzt und nach dem Wort „Mitgliedes“ das Wort „erfolgen“ gestrichen.

11. § 12 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Nummer 1 werden die Wörter „mit bis zu zwanzig Mitgliedern“ gestrichen.
- bb) In Nummer 2 werden die Wörter „mit bis zu sechzehn Mitgliedern“ gestrichen.
- cc) In Nummer 3 werden die Wörter „mit bis zu vierzehn Mitgliedern“ gestrichen.
- dd) Folgende Sätze werden angefügt:
 - „Dabei sind die Bestimmungen von § 17 Abs. 2 und 4 WDR-Gesetz zu beachten. Die Größe eines Ausschusses darf 40 Prozent der Gesamtzahl der Mitglieder des Rundfunkrats nicht überschreiten.“

b) In Absatz 2 wird die Angabe „Satz 3“ gestrichen.

c) In Absatz 3 werden das Semikolon und der nachfolgende Satzteil durch einen Punkt ersetzt.

d) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Der Rundfunkrat kann im Einzelfall für ein ausschussübergreifendes Thema eine zeitlich befristete Sachkommission bilden, deren Beratungsergebnis über den federführend zuständigen Fachausschuss in den Rundfunkrat eingebracht wird.“

e) Folgender Absatz 6 wird angefügt:

„(6) Für Unterausschüsse und zeitlich befristete Sachkommissionen finden die Regelungen des WDR-Gesetzes in § 17 Abs. 2 Sätze 3 und 4 sowie in Abs. 4 entsprechende Anwendung.“

12. § 13 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

„Die Niederschriften der Sitzungen der Ausschüsse sind ebenfalls vertraulich.“

b) In Absatz 2 wird nach Satz 3 folgender Satz eingefügt:

„Auf Antrag können die Ausschüsse beschließen, zu einzelnen Punkten der Tagesordnung ohne Vertreter(innen) des WDR zu tagen.“

c) In Absatz 3 werden die Wörter „der §§ 8 und 9“ durch die Wörter „des § 8 mit Ausnahme von Abs. 1 Satz 2 und des § 9“ ersetzt.

13. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Aufwandsentschädigung gemäß § 15 Abs. 17 WDR-Gesetz wird monatlich im Voraus gezahlt. Sie wird anteilig gekürzt, wenn die Tätigkeit im Verlauf eines Kalendermonats beginnt oder endet.“

b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Die Sitzungsgelder gemäß § 15 Abs. 17 WDR-Gesetz werden nach Ablauf eines Kalendermonats ausgezahlt. Die Sitzungsgelder beziehen sich auf die Sitzungen des Rundfunkrats und seiner Ausschüsse gemäß § 12 Abs. 1 der WDR-Satzung.“

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

d) In Absatz 4 werden nach dem Wort „Rundfunkrats“ die Wörter „nach Maßgabe des Landesreisekostengesetzes“ und hinter das Wort „Reisekostenordnung“ das Wort „(Satzung)“ eingefügt und die Angabe „§ 15 Abs. 16“ durch die Angabe „§ 15 Abs. 17“ ersetzt.

14. § 15a wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut des § 15a wird Absatz 1 und Satz 2 wird aufgehoben.

b) Folgende Absätze 2 bis 4 werden angefügt:

„(2) Das fachliche Weisungsrecht des/der Vorsitzenden des Rundfunkrats gegenüber den in der Geschäftsstelle (Gremienbüro) tätigen Personen (§ 15 Abs. 20 WDR-Gesetz) ist der Dienstaufsicht des/der Intendant(en/in) vorgelagert.

(3) Über die Beauftragung von externen Sachverständigen entscheidet der Rundfunkrat auf schriftlichen Vorschlag.

(4) Der Rundfunkrat bietet zu Beginn jeder Amtsperiode für alle Mitglieder eine Grundinformation über die Aufgabengebiete des Rundfunkrats und der jeweiligen Ausschüsse an. Während der laufenden Amtsperiode stellt der Rundfunkrat die Fort- und Weiterbildung seiner Mitglieder durch geeignete Maßnahmen zu den im WDR-Gesetz genannten Aufgaben des Gremiums sicher. Zu diesen Maßnahmen gehören insbesondere auch Vorträge von Experten(innen) in Rundfunkrat oder Ausschüssen sowie das Angebot zur Teilnahme an medienpolitischen Fachtagungen und sonstige medienbezogene Fachveranstaltungen.“

15. § 16 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Angabe „drei“ durch „zwölf“ ersetzt und nach dem Wort „damit“ die Wörter „diese/r das Verfahren gemäß § 20 Abs. 3 WDR-Gesetz in Gang setzen kann und“ eingefügt.
- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „Jede für den Verwaltungsrat vorgeschlagene Person und“ gestrichen und das Wort „jedes“ durch das Wort „Jedes“ ersetzt.
 - bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Jede Bewerberin und jeder Bewerber für die vom Rundfunkrat zu wählenden sieben sachverständigen Mitglieder muss solche Tatsachen mit ihrer/seiner Bewerbung mitteilen.“
 - cc) In dem neuen Satz 3 wird die Angabe „Satz 2“ durch die Angabe „Satz 3“ ersetzt.
- c) In Absatz 4 wird die Angabe „§ 20 Abs. 1 Satz 3“ durch die Angabe „§ 20 Abs. 1 Satz 4“ ersetzt.
- d) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Scheidet ein vom Rundfunkrat gewähltes Mitglied im Laufe einer Amtsperiode vorzeitig aus dem Verwaltungsrat aus, informiert der/die Vorsitzende den/die Rundfunkratsvorsitzende(n) unverzüglich, um das Verfahren gemäß § 20 Abs. 7 WDR-Gesetz einzuleiten.“

16. In § 16a werden vor die Angabe „4a“ die Wörter „Für Mitglieder des Verwaltungsrats gilt die Regelung des“ eingefügt und nach dem Wort „Satzung“ das Wort „gilt“ gestrichen.

17. Dem § 18 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Die Niederschriften der Sitzungen des Verwaltungsrats sind ebenfalls vertraulich.“

18. § 20 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„§ 15 Absatz 2 der Satzung gilt entsprechend.“
- b) In Absatz 3 werden nach dem Wort „Verwaltungsrats“ die Wörter „nach Maßgabe des Landesreisekostengesetzes“ und nach dem Wort „Reisekostenordnung“ das Wort „(Satzung)“ eingefügt und die Angabe „§ 20 Abs. 6“ durch die Angabe „§ 20 Abs. 11“ ersetzt.

19. § 20a wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut des § 20a wird Absatz 1 und Satz 2 wird aufgehoben.
- b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) § 15a Absätze 2 bis 4 gelten entsprechend.“

20. § 33 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „innerhalb eines Monats“ durch die Wörter „innerhalb von zwei Monaten“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 wird die Angabe „§ 10 Abs. 2 Satz 2“ durch die Angabe „§ 10 Abs. 2 Satz 3“ ersetzt.

2

Inkrafttreten

Diese Satzungsänderung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen hat am 24. November 2016 die nach § 15 Abs. 8 Satz 3, Halbsatz 2 WDR-Gesetz erforderliche Genehmigung der Änderung der §§ 4, 15 und 20 WDR-Satzung erteilt.

Die Satzungsänderung wird gemäß § 25 Abs. 4 WDR-Gesetz bekannt gemacht.

Köln, den 15. Dezember 2016

Tom B u h r o w
Intendant

– GV. NRW. 2016 S. 1200

1251

**Bekanntmachung
der Reisekostenordnung für die Mitglieder des
Rundfunkrats und des Verwaltungsrats
des Westdeutschen Rundfunks Köln**

Vom 15. Dezember 2016

Der Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks hat am 1. September 2016 gemäß § 16 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. April 1998 (GV. NRW. S. 265), der zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. Februar 2015 (GV. NRW. S. 79) geändert worden ist, die nachfolgende Reisekostenordnung für die Mitglieder des Rundfunkrats und des Verwaltungsrats des WDR als Satzung beschlossen.

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen hat am 24. November 2016 die nach § 15 Absatz 17 Satz 9 und § 20 Absatz 11 Satz 5 des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ erforderliche Zustimmung zur Neufassung der Reisekostenordnung erteilt.

Die Satzung wird gemäß § 25 Absatz 4 des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ bekannt gemacht.

Köln, den 15. Dezember 2016

Tom B u h r o w
Intendant

**§ 1
Geltungsbereich**

Diese Reisekostenordnung regelt den Ersatz von Reisekosten für die Mitglieder des Rundfunkrats, ihre Stellvertreter/innen und die Mitglieder des Verwaltungsrats soweit sie nicht anderweitig Kostenersatz erhalten.

§ 2

**Verweis auf das Landesreisekostengesetz und seine
allgemeinen Verwaltungsvorschriften**

(1) Gemäß § 15 Absatz 17 und § 20 Absatz 11 des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ erfolgt die Erstattung von Reisekosten sowie die Zahlung von Tage- und Übernachtungsgeldern nach Maßgabe der Vorschriften des Landesreisekostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1998 (GV. NRW. S. 738), das zuletzt durch Artikel 32 des Gesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310) geändert worden ist. Die allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Landesreisekostengesetz vom 26. Januar 2010 (MBI. NRW. S. 94) in der jeweils geltenden Fassung werden entsprechend angewandt.

(2) Die Mitglieder des Rundfunkrats und Verwaltungsrats üben ihre Aufgabe in der Regel neben ihrem hauptberuflichen Einsatz zusätzlich im Ehrenamt aus. Trifftige Gründe für die Nutzung eines Kraftfahrzeuges im Sinne des § 6 Absatz 1 des Landesreisekostengesetzes sind zum Beispiel deutliche Zeitersparnis oder Wahrnehmung eines weiteren Termins am gleichen Tag.

§ 3**Buchung der Reise und Abrechnung der Reisekosten**

(1) Grundsätzlich ist der/die Antragsteller/in für die Buchung der Reise zuständig.

(2) Die Abrechnung der Reisekosten nach Maßgabe des Landesreisekostengesetzes sowie der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Landesreisekostengesetz erfolgt nachträglich. Das Risiko der Erstattungsfähigkeit trägt der/die Antragsteller/in.

(3) Der/die Antragsteller/in füllt die Reisekostenabrechnung vollständig aus, legt die erforderlichen Belege vor. Er trägt die Verantwortung für die Richtigkeit der gemachten Angaben und versichert diese mit seiner/ihrer Unterschrift.

(4) Die Geschäftsstelle des Rundfunkrats bzw. des Verwaltungsrats prüft, ob der in der Reisekostenabrechnung genannte Reisegrund zutrifft und ob die für die Reise erforderliche Genehmigung vorliegt. Die Unterlagen gem. § 3 Absatz 3 werden sodann der Reisestelle zur Prüfung und Abrechnung eingereicht.

(5) Die Rechte der Revision zur Prüfung der Reisekostenabrechnungen bleiben unberührt.

§ 4**Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Diese Reisekostenordnung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Bekanntmachung der Reisekostenordnung für die Mitglieder des Rundfunkrats, des Verwaltungsrats und des Schulrundfunkausschusses des Westdeutschen Rundfunks Köln vom 16. September 1987 (GV. NRW. S. 350), die zuletzt durch Bekanntmachung der Satzungsänderung vom 3. Juni 2002 (GV. NRW. S. 238) geändert worden ist, außer Kraft.

– GV. NRW. 2016 S. 1203

7134

**Verordnung zur Änderung der
Ausbildungs- und Prüfungsordnung
Geoinformationstechnologie**

Vom 14. Dezember 2016

Auf Grund des § 5 Absatz 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NRW. S. 421), der zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 9. Mai 2000 (GV. NRW. S. 462) geändert worden ist, insoweit nach Anhörung des fachlich zuständigen Ausschusses, in Verbindung mit den §§ 9, 47 Absatz 1 Satz 1 und § 73 Absatz 2 des Berufsbildungsgesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931) in Verbindung mit § 6 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe c und Nummer 5 der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und die Angelegenheiten der Berufsbildung im Rahmen der Handwerksordnung (HwO) sowie die Zuständigkeiten nach dem Berufssqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) vom 5. September 2006 (GV. NRW. S. 446), die zuletzt durch Verordnung vom 31. August 2010 (GV. NRW. S. 513) geändert worden sind, verordnet das Ministerium für Inneres und Kommunales:

Artikel 1

§ 41 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Geoinformationstechnologie vom 30. Mai 2011 (GV. NRW. S. 280) wird wie folgt gefasst:

„§ 41**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 14. Dezember 2016

Der Minister
für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Ralf J ä g e r

– GV. NRW. 2016 S. 1204

2022

**Satzung
des Landschaftsverbandes Rheinland
über die Entschädigung der Mitglieder
der Landschaftsversammlung und der
sachkundigen Bürgerinnen und Bürger
in den Ausschüssen
(Entschädigungssatzung)**

Vom 21. Dezember 2016

Auf Grund der §§ 6, 7 Absatz 1 Buchstabe d und des § 16 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 657), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 965), hat die Landschaftsversammlung Rheinland am 21. Dezember 2016 folgende Entschädigungssatzung beschlossen:

§ 1**Arten der Entschädigung**

Die Mitglieder der Landschaftsversammlung und die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger im Sinne von § 13 Absatz 3 Satz 2 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 965), und der §§ 11 Absatz 2 und 12 Absatz 1 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vom 12. Dezember 1990 (GV. NRW. S. 664), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Juni 2014 (GV. NRW. S. 336), erhalten nach näherer Bestimmung der §§ 2 bis 8 dieser Satzung

1. Aufwandsentschädigung ausschließlich als Sitzungsgeld (Mitglieder der Landschaftsversammlung) beziehungsweise Sitzungsgeld (sachkundige Bürgerinnen und Bürger) (§ 2)
2. Fahrkostenerstattung (§ 3)
3. Übernachtungsgeld (§ 4)
4. Dienstreisevergütung (§ 5)
5. Ersatz für Verdienstausschlag und Haushaltsführung (§ 6) und
6. Kinderbetreuungskosten (§ 7).

§ 2**Sitzungsgeld**

(1) Die Mitglieder der Landschaftsversammlung erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen der Landschaftsversammlung, ihrer Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen für Anwesenheit, die durch die Anwesenheitsliste nachgewiesen ist, eine Aufwandsentschädigung ausschließlich als Sitzungsgeld nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung vom 5. Mai 2014 (GV. NRW. S. 276), zuletzt geändert durch die zweite Verordnung zur Änderung der Entschädigungsverordnung vom 30. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1036). Dasselbe gilt für die Teilnahme an maximal 100 Sitzungen pro Kalenderjahr der Fraktionen und Gruppen, ihrer Vorstände und Arbeitskreise.

(2) Die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen der Fachausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen sowie an maximal 100 Sitzungen pro Kalenderjahr der Fraktionen und Gruppen, ihrer Vorstände und Arbeitskreise ein Sitzungsgeld nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung.

(3) Das nach der Entschädigungsverordnung ausgewiesene Sitzungsgeld gilt für eine Sitzung. Wird eine Sitzungsdauer von insgesamt 6 Stunden überschritten, so wird ein weiteres Sitzungsgeld gewährt. Bei mehreren Sitzungen an einem Tag dürfen nicht mehr als zwei Sitzungsgelder gewährt werden. Für die Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gemäß § 8 Absatz 1 können zusätzlich bis zu zwei weitere Sitzungsgelder pro Tag gezahlt werden.

§ 3

Fahrkostenerstattung

(1) Aus Anlass von Sitzungen der Landschaftsversammlung, ihrer Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen sowie der Fraktionen und Gruppen, ihrer Vorstände und Arbeitskreise und aus Anlass der Repräsentation der Landschaftsversammlung werden die Fahrkosten zum Sitzungsort / Veranstaltungsort, höchstens jedoch die Kosten der Fahrten von der Wohnung zum Sitzungsort / Veranstaltungsort und zurück nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung erstattet. Bei mehreren Wohnungen ist von der Hauptwohnung auszugehen.

(2) Die Mitglieder der Landschaftsversammlung und der Ausschüsse haben Anspruch auf Ersatz ihrer Fahrkosten. Dieser Anspruch kann dadurch abgegolten werden, dass ihnen Freifahrten zur Verfügung gestellt werden, ihnen eine Zeitkarte für den ÖPNV innerhalb des Gebietes des Landschaftsverbandes Rheinland zur Verfügung gestellt wird, wenn diese gegenüber den Einzelabrechnungen im gleichen Zeitraum kostengünstiger ist oder die Kosten übernommen werden.

Bei Benutzung eines Kraftfahrzeuges ist eine Entschädigung nach § 5 Absatz 2 Entschädigungsverordnung zulässig.

(3) Für Strecken, die mit öffentlichen Personenbeförderungsmitteln zurückgelegt worden sind, werden die entstandenen notwendigen Fahrkosten erstattet und zwar beim Benutzen von

1. Land- oder Wasserfahrzeugen die 1. Klasse
2. Luftfahrzeugen die Touristen- und Economyklasse und
3. Schlafwagen die Einbettklasse.

(4) Zu Sitzungen außerhalb der Grenzen des Landes Nordrhein-Westfalen ist ein Beschluss des Landschaftsausschusses oder in Eilfällen die Einwilligung des Vorsitzenden des Landschaftsausschusses erforderlich, die schriftlich beantragt werden muss.

§ 4

Übernachtungsgeld

(1) Den Mitgliedern der Landschaftsversammlung und den sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern im Sinne des § 12 Absatz 3 und § 13 Absatz 3 der Landschaftsverbandsordnung wird ein Übernachtungsgeld bis maximal 70 EUR gezahlt, wenn die An- oder Abreise am Sitzungstag oder Veranstaltungstag nicht möglich oder nicht zumutbar war. Übernachtungsgeld wird ferner gewährt, wenn Sitzungen oder sonstige Veranstaltungen sich über zwei oder mehrere Tage erstrecken.

(2) Das Übernachtungsgeld entfällt, wenn bei zwei- oder mehrtägiger Dauer der Sitzung oder Veranstaltung jedes Mal Fahrkostenerstattung in Anspruch genommen wird oder durch den Landschaftsverband unentgeltlich Unterkunft gewährt wird.

§ 5

Dienstreisevergütung

(1) Dienstreisen der Mitglieder der Landschaftsversammlung und der Ausschüsse sind grundsätzlich vor Antritt der Reise dem Landschaftsausschuss zur Geneh-

migung vorzulegen. Dienstreisen von Ausschüssen und Kommissionen oder Teilen dieser Gremien sind zunächst von dem jeweiligen Fachausschuss zu beschließen.

(2) In Eilfällen genügt die Einwilligung des Vorsitzenden des Landschaftsausschusses, der den Landschaftsausschuss hierüber in der folgenden Sitzung unterrichtet.

(3) Für Dienstreisen, die auf Beschluss des Landschaftsausschusses ausgeführt werden, erhalten die Mitglieder der Landschaftsversammlung und der Ausschüsse Reisekostenvergütung nach Maßgabe des Landesreisekostengesetzes vom 16. Dezember 1998 (GV. NRW. S. 738), zuletzt geändert durch Artikel 32 des Gesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310). Bei Benutzung eines Kraftfahrzeuges wird unabhängig von den Vorschriften des Landesreisekostengesetzes die nach der jeweils geltenden Entschädigungsverordnung zulässige Wegstreckenentschädigung gewährt.

(4) Neben Reisekostenvergütungen dürfen Sitzungsgelder nicht gewährt werden.

§ 6

Ersatz für Verdienstausschlag und Haushaltsführung

(1) Die Mitglieder der Landschaftsversammlung, des Landschaftsausschusses und der Fachausschüsse haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstausschlages, der für jede Stunde der versäumten Arbeitszeit berechnet wird. Die letzte angefangene Stunde wird bei der Ermittlung des für den Verdienstausschlag zugrunde zu legenden Zeitraum voll gerechnet. Entgangener Verdienst aus Nebentätigkeiten und Verdienst, der außerhalb der Arbeitszeit hätte erzielt werden können, bleiben außer Betracht. Bei Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, die innerhalb eines vorgegebenen Arbeitszeitrahmens über Lage und Dauer der individuellen Arbeitszeit selbst entscheiden können, ist die Zeit der Ausübung des Mandats innerhalb dieses Arbeitszeitrahmens vom Arbeitgeber/von der Arbeitgeberin zur Hälfte auf ihre Arbeitszeit anzurechnen. Der Anspruch auf Ersatz des Verdienstausschlages ist in diesem Fall auf diese Hälfte beschränkt.

(2) Der zu zahlende Regelstundensatz wird auf 17,00 EUR, der Höchstbetrag auf 80,00 EUR festgesetzt.

(3) Abhängig Erwerbstätigen wird auf Antrag anstelle des Regelstundensatzes der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstausschlag bis zum Höchstbetrag ersetzt.

(4) Selbständige erhalten auf Antrag anstelle des Regelstundensatzes eine Verdienstausschlagpauschale je Stunde, die im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Einkommens nach billigem Ermessen bis zum Höchstbetrag festgesetzt wird.

(5) Personen, die

1. einen Haushalt mit
 - a) mindestens zwei Personen, von denen mindestens eine ein Kind unter 14 Jahren oder eine anerkannt pflegebedürftige Person nach § 14 SGB XI ist, oder
 - b) mindestens drei Personen führen und
2. nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind,

erhalten für die mandatsbedingte Abwesenheit vom Haushalt den Regelstundensatz.

Statt des Regelstundensatzes werden auf Antrag die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt bis zum Höchstbetrag ersetzt.

§ 7

Kinderbetreuungskosten

(1) Ist während der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit eine entgeltliche Kinderbetreuung notwendig, werden die nachgewiesenen Kinderbetreuungskosten auf Antrag erstattet. Kinderbetreuungskosten werden nicht für Zeiträume erstattet, für die Entschädigung nach § 6 geleistet wird.

(2) Kinderbetreuungskosten können in der Regel bis zum 14. Lebensjahr des Kindes gezahlt werden.

§ 8

Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten

(1) Die Mitglieder der Landschaftsversammlung und sachkundigen Bürgerinnen und Bürger erhalten Entschädigungen nach Maßgabe der Entschädigungssatzung, wenn sie durch Beschluss des Landschaftsausschusses Mitgliedschaftsrechte des Landschaftsverbandes Rheinland wahrnehmen. Für die Gewährung von Sitzungsgeld gilt § 2 Absatz 3 entsprechend.

(2) Sie erhalten keine Entschädigung nach Maßgabe der Entschädigungssatzung, wenn ihnen Entschädigungen seitens Dritter bereits gezahlt werden.

§ 9

Aufwandsentschädigung für die Vorsitzende/den Vorsitzenden, ihre/seine Stellvertretungen, die Fraktionsvorsitzenden und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden

(1) Die/der Vorsitzende der Landschaftsversammlung, nicht mehr als zwei ihrer/seiner Stellvertretungen, Vorsitzende von Ausschüssen der Landschaftsversammlung, die Fraktionsvorsitzenden und bei Fraktionen

- a) mit mindestens 8 Mitgliedern auch eine/ein stellvertretende Vorsitzende / stellvertretender Vorsitzender,
- b) mit mindestens 16 Mitgliedern auch zwei stellvertretende Vorsitzende
- c) mit mindestens 24 Mitgliedern auch 3 stellvertretende Vorsitzende

erhalten neben den Entschädigungen, die den Mitgliedern der Landschaftsversammlung nach den §§ 2 bis 7 dieser Satzung zustehen, eine vom Ministerium für Inneres und Kommunales durch Rechtsverordnung (Entschädigungsverordnung) festzusetzende Aufwandsentschädigung.

Die Aufwandsentschädigung beträgt:

1. für die/den Vorsitzende/n der Landschaftsversammlung den 9-fachen Satz;
2. bei für nicht mehr als zwei Stellvertretungen der/des Vorsitzenden der Landschaftsversammlung den 6-fachen Satz
3. bei Fraktionsvorsitzenden den 6-fachen Satz
4. bei stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden den 2-fachen Satz und
5. bei Ausschussvorsitzenden der Landschaftsversammlung den 1-fachen Satz

der ausschließlich monatlichen Pauschale nach § 1 Absatz 2 Nummer 4 Buchstabe a der Entschädigungsverordnung.

(2) Aufwandsentschädigungen nach den §§ 1 bis 3 der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse (EntschVO) können nebeneinander bezogen werden, wenn sie auf mehreren Ämtern beruhen. Vorsitzende der Landschaftsversammlung oder deren Stellvertretungen, die gleichzeitig Fraktionsvorsitzende oder stellvertretende Fraktionsvorsitzende sind, erhalten aus diesen Funktionen nur eine Aufwandsentschädigung nach § 3 EntschVO. Insgesamt ist die Höhe der Aufwandsentschädigungen auf den 9-fachen Satz des Betrages der Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Landschaftsversammlung nach § 1 Absatz 2 Nummer 4 Buchstabe a EntschVO begrenzt.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2017 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Entschädigungssatzung vom 9. Mai 2014 (GV. NRW. S. 305), die durch Satzung vom 21. November 2014 (GV. NRW. S. 858) geändert worden ist, außer Kraft.

Köln, den 21. Dezember 2016

Der Vorsitzende
der Landschaftsversammlung Rheinland
Prof. Dr. Wilhelm

Die Schriftführerin
der Landschaftsversammlung Rheinland
Lubek

Die vorstehende Entschädigungssatzung wird gemäß § 6 Absatz 2 Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der zurzeit geltenden Fassung bekannt gemacht.

Nach § 6 Absatz 3 Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- die Direktorin des Landschaftsverbandes hat den Beschluss der Landschaftsversammlung vorher beanstandet oder
- der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Landschaftsverband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Köln, den 21. Dezember 2016

Die Direktorin
des Landschaftsverbandes Rheinland
Lubek

– GV. NRW. 2016 S. 1204

223

Berichtigung des Gesetzes zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen (Gute Schule 2020)

Vom 27. Dezember 2016

Das Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen (Gute Schule 2020) vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1154) ist wie folgt zu berichtigen:

Die in § 2 (Artikel 1) genannte Anlage wird als Anhang verkündet.

Düsseldorf, den 27. Dezember 2016

Ministerium
für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Im Auftrag
Mnich

Kreditkontingente "Gute Schule 2020" (alphabetisch sortiert)**Anlage**

Gebietskörperschaft	Kreditkontingent "Gute Schule 2020"				
	2017	2018	2019	2020	insgesamt 2017 - 2020
	EUR				
Aachen, kreisfreie Stadt	5.232.026	5.232.026	5.232.026	5.232.026	20.928.104
Aachen, Städteregion	3.192.006	3.192.006	3.192.006	3.192.006	12.768.024
Ahaus, Stadt	557.940	557.940	557.940	557.940	2.231.760
Ahlen, Stadt	1.140.080	1.140.080	1.140.080	1.140.080	4.560.320
Aldenhoven	286.654	286.654	286.654	286.654	1.146.616
Alfter	198.708	198.708	198.708	198.708	794.832
Alpen	101.437	101.437	101.437	101.437	405.748
Alsdorf, Stadt	1.443.101	1.443.101	1.443.101	1.443.101	5.772.404
Altena, Stadt	315.609	315.609	315.609	315.609	1.262.436
Altenbeken	181.869	181.869	181.869	181.869	727.476
Altenberge	100.036	100.036	100.036	100.036	400.144
Anröchte	126.107	126.107	126.107	126.107	504.428
Arnsberg, Stadt	1.502.222	1.502.222	1.502.222	1.502.222	6.008.888
Ascheberg	153.020	153.020	153.020	153.020	612.080
Attendorn, Stadt	223.843	223.843	223.843	223.843	895.372
Augustdorf	227.329	227.329	227.329	227.329	909.316
Bad Berleburg, Stadt	315.906	315.906	315.906	315.906	1.263.624
Bad Driburg, Stadt	387.327	387.327	387.327	387.327	1.549.308
Bad Honnef, Stadt	237.255	237.255	237.255	237.255	949.020
Bad Laasphe, Stadt	175.929	175.929	175.929	175.929	703.716
Bad Lippspringe, Stadt	386.010	386.010	386.010	386.010	1.544.040
Bad Münstereifel, Stadt	332.651	332.651	332.651	332.651	1.330.604
Bad Oeynhausen, Stadt	985.074	985.074	985.074	985.074	3.940.296
Bad Salzuflen, Stadt	1.048.155	1.048.155	1.048.155	1.048.155	4.192.620
Bad Sassendorf	204.675	204.675	204.675	204.675	818.700
Bad Wünnenberg, Stadt	153.151	153.151	153.151	153.151	612.604
Baesweiler, Stadt	683.804	683.804	683.804	683.804	2.735.216
Balve, Stadt	161.047	161.047	161.047	161.047	644.188
Barntrup, Stadt	148.569	148.569	148.569	148.569	594.276
Beckum, Stadt	708.502	708.502	708.502	708.502	2.834.008
Bedburg, Stadt	419.923	419.923	419.923	419.923	1.679.692
Bedburg-Hau	202.247	202.247	202.247	202.247	808.988
Beelen	92.655	92.655	92.655	92.655	370.620
Bergheim, Stadt	1.290.080	1.290.080	1.290.080	1.290.080	5.160.320
Bergisch Gladbach, Stadt	2.444.817	2.444.817	2.444.817	2.444.817	9.779.268
Bergkamen, Stadt	1.589.464	1.589.464	1.589.464	1.589.464	6.357.856
Bergneustadt, Stadt	521.396	521.396	521.396	521.396	2.085.584
Bestwig	144.352	144.352	144.352	144.352	577.408
Beverungen, Stadt	316.590	316.590	316.590	316.590	1.266.360
Bielefeld, kreisfreie Stadt	10.410.028	10.410.028	10.410.028	10.410.028	41.640.112
Billerbeck, Stadt	115.161	115.161	115.161	115.161	460.644
Blankenheim	196.310	196.310	196.310	196.310	785.240
Blomberg, Stadt	297.887	297.887	297.887	297.887	1.191.548
Bocholt, Stadt	1.158.672	1.158.672	1.158.672	1.158.672	4.634.688
Bochum, kreisfreie Stadt	12.227.312	12.227.312	12.227.312	12.227.312	48.909.248
Bönen	372.099	372.099	372.099	372.099	1.488.396
Bonn, kreisfreie Stadt	7.314.109	7.314.109	7.314.109	7.314.109	29.256.436
Borchen	190.978	190.978	190.978	190.978	763.912
Borgentreich, Stadt	175.071	175.071	175.071	175.071	700.284
Borgholzhausen, Stadt	87.325	87.325	87.325	87.325	349.300
Borken, Kreis	3.058.979	3.058.979	3.058.979	3.058.979	12.235.916
Borken, Stadt	712.028	712.028	712.028	712.028	2.848.112
Bornheim, Stadt	780.980	780.980	780.980	780.980	3.123.920
Botrop, kreisfreie Stadt	3.707.649	3.707.649	3.707.649	3.707.649	14.830.596
Brakel, Stadt	285.507	285.507	285.507	285.507	1.142.028
Breckerfeld, Stadt	102.271	102.271	102.271	102.271	409.084
Brilon, Stadt	258.255	258.255	258.255	258.255	1.033.020
Brüggen	246.369	246.369	246.369	246.369	985.476
Brühl, Stadt	751.830	751.830	751.830	751.830	3.007.320
Bünde, Stadt	1.005.458	1.005.458	1.005.458	1.005.458	4.021.832
Burbach	113.465	113.465	113.465	113.465	453.860
Büren, Stadt	329.053	329.053	329.053	329.053	1.316.212
Burscheid, Stadt	181.660	181.660	181.660	181.660	726.640

Kreditkontingente "Gute Schule 2020" (alphabetisch sortiert)**Anlage**

Gebietskörperschaft	Kreditkontingent "Gute Schule 2020"				
	2017	2018	2019	2020	insgesamt 2017 - 2020
	EUR				
Castrop-Rauxel, Stadt	2.435.925	2.435.925	2.435.925	2.435.925	9.743.700
Coesfeld, Kreis	1.789.037	1.789.037	1.789.037	1.789.037	7.156.148
Coesfeld, Stadt	628.804	628.804	628.804	628.804	2.515.216
Dahlem	125.211	125.211	125.211	125.211	500.844
Datteln, Stadt	907.660	907.660	907.660	907.660	3.630.640
Delbrück, Stadt	440.006	440.006	440.006	440.006	1.760.024
Detmold, Stadt	1.397.551	1.397.551	1.397.551	1.397.551	5.590.204
Dinslaken, Stadt	1.635.426	1.635.426	1.635.426	1.635.426	6.541.704
Dörentrup	151.456	151.456	151.456	151.456	605.824
Dormagen, Stadt	1.058.309	1.058.309	1.058.309	1.058.309	4.233.236
Dorsten, Stadt	1.864.097	1.864.097	1.864.097	1.864.097	7.456.388
Dortmund, kreisfreie Stadt	23.504.219	23.504.219	23.504.219	23.504.219	94.016.876
Drensteinfurt, Stadt	203.412	203.412	203.412	203.412	813.648
Drolshagen, Stadt	87.804	87.804	87.804	87.804	351.216
Duisburg, kreisfreie Stadt	21.590.859	21.590.859	21.590.859	21.590.859	86.363.436
Dülmen, Stadt	613.233	613.233	613.233	613.233	2.452.932
Düren, Kreis	1.408.189	1.408.189	1.408.189	1.408.189	5.632.756
Düren, Stadt	2.892.696	2.892.696	2.892.696	2.892.696	11.570.784
Düsseldorf, kreisfreie Stadt	8.132.642	8.132.642	8.132.642	8.132.642	32.530.568
Eitorf	432.485	432.485	432.485	432.485	1.729.940
Elsdorf	209.244	209.244	209.244	209.244	836.976
Emmerich am Rhein, Stadt	549.622	549.622	549.622	549.622	2.198.488
Emsdetten, Stadt	530.432	530.432	530.432	530.432	2.121.728
Engelskirchen	222.929	222.929	222.929	222.929	891.716
Enger, Stadt	405.151	405.151	405.151	405.151	1.620.604
Ennepe-Ruhr-Kreis	1.435.086	1.435.086	1.435.086	1.435.086	5.740.344
Ennepetal, Stadt	297.286	297.286	297.286	297.286	1.189.144
Ennigerloh, Stadt	225.636	225.636	225.636	225.636	902.544
Ense	106.653	106.653	106.653	106.653	426.612
Erfstadt, Stadt	895.746	895.746	895.746	895.746	3.582.984
Erkelenz, Stadt	810.646	810.646	810.646	810.646	3.242.584
Erkrath, Stadt	518.732	518.732	518.732	518.732	2.074.928
Erdtebrück	83.333	83.333	83.333	83.333	333.332
Erwitte, Stadt	160.618	160.618	160.618	160.618	642.472
Eschweiler, Stadt	1.097.217	1.097.217	1.097.217	1.097.217	4.388.868
Eslohe (Sauerland)	170.815	170.815	170.815	170.815	683.260
Espelkamp, Stadt	128.047	128.047	128.047	128.047	512.188
Essen, kreisfreie Stadt	20.352.934	20.352.934	20.352.934	20.352.934	81.411.736
Euskirchen, Kreis	1.242.062	1.242.062	1.242.062	1.242.062	4.968.248
Euskirchen, Stadt	1.177.728	1.177.728	1.177.728	1.177.728	4.710.912
Everswinkel	100.266	100.266	100.266	100.266	401.064
Extertal	272.811	272.811	272.811	272.811	1.091.244
Finnentrop	199.117	199.117	199.117	199.117	796.468
Frechen, Stadt	451.411	451.411	451.411	451.411	1.805.644
Freudenberg, Stadt	154.117	154.117	154.117	154.117	616.468
Fröndenberg, Stadt	485.273	485.273	485.273	485.273	1.941.092
Gangelt	181.573	181.573	181.573	181.573	726.292
Geilenkirchen, Stadt	535.157	535.157	535.157	535.157	2.140.628
Geldern, Stadt	683.007	683.007	683.007	683.007	2.732.028
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	12.333.044	12.333.044	12.333.044	12.333.044	49.332.176
Gescher, Stadt	212.437	212.437	212.437	212.437	849.748
Geseke, Stadt	505.341	505.341	505.341	505.341	2.021.364
Gevelsberg, Stadt	538.649	538.649	538.649	538.649	2.154.596
Gladbeck, Stadt	2.538.551	2.538.551	2.538.551	2.538.551	10.154.204
Goch, Stadt	713.940	713.940	713.940	713.940	2.855.760
Grefrath	154.029	154.029	154.029	154.029	616.116
Greven, Stadt	668.774	668.774	668.774	668.774	2.675.096
Grevenbroich, Stadt	855.967	855.967	855.967	855.967	3.423.868
Gronau (Westf.), Stadt	597.553	597.553	597.553	597.553	2.390.212
Gummersbach, Stadt	880.808	880.808	880.808	880.808	3.523.232
Gütersloh, Kreis	1.491.559	1.491.559	1.491.559	1.491.559	5.966.236
Gütersloh, Stadt	1.429.928	1.429.928	1.429.928	1.429.928	5.719.712

Kreditkontingente "Gute Schule 2020" (alphabetisch sortiert)**Anlage**

Gebietskörperschaft	Kreditkontingent "Gute Schule 2020"				
	2017	2018	2019	2020	insgesamt 2017 - 2020
	EUR				
Haan, Stadt	304.418	304.418	304.418	304.418	1.217.672
Hagen, kreisfreie Stadt	6.928.918	6.928.918	6.928.918	6.928.918	27.715.672
Halle (Westf.), Stadt	183.077	183.077	183.077	183.077	732.308
Hallenberg, Stadt	89.730	89.730	89.730	89.730	358.920
Haltern, Stadt	619.833	619.833	619.833	619.833	2.479.332
Halver, Stadt	282.557	282.557	282.557	282.557	1.130.228
Hamm, kreisfreie Stadt	6.826.563	6.826.563	6.826.563	6.826.563	27.306.252
Hamminkeln	314.817	314.817	314.817	314.817	1.259.268
Harsewinkel, Stadt	352.106	352.106	352.106	352.106	1.408.424
Hattingen, Stadt	1.272.067	1.272.067	1.272.067	1.272.067	5.088.268
Havixbeck	248.597	248.597	248.597	248.597	994.388
Heek	123.096	123.096	123.096	123.096	492.384
Heiden	97.743	97.743	97.743	97.743	390.972
Heiligenhaus, Stadt	495.086	495.086	495.086	495.086	1.980.344
Heimbach, Stadt	127.152	127.152	127.152	127.152	508.608
Heinsberg (Rhld.), Stadt	658.203	658.203	658.203	658.203	2.632.812
Heinsberg, Kreis	1.888.593	1.888.593	1.888.593	1.888.593	7.554.372
Hellenthal	121.237	121.237	121.237	121.237	484.948
Hemer, Stadt	759.921	759.921	759.921	759.921	3.039.684
Hennef (Sieg), Stadt	978.227	978.227	978.227	978.227	3.912.908
Herdecke, Stadt	229.276	229.276	229.276	229.276	917.104
Herford, Kreis	1.673.787	1.673.787	1.673.787	1.673.787	6.695.148
Herford, Stadt	1.372.330	1.372.330	1.372.330	1.372.330	5.489.320
Herne, kreisfreie Stadt	6.464.818	6.464.818	6.464.818	6.464.818	25.859.272
Herscheid	93.623	93.623	93.623	93.623	374.492
Herten, Stadt	1.803.954	1.803.954	1.803.954	1.803.954	7.215.816
Herzebrock-Clarholz	156.678	156.678	156.678	156.678	626.712
Herzogenrath, Stadt	928.672	928.672	928.672	928.672	3.714.688
Hiddenhausen	275.773	275.773	275.773	275.773	1.103.092
Hilchenbach, Stadt	105.648	105.648	105.648	105.648	422.592
Hilden, Stadt	390.208	390.208	390.208	390.208	1.560.832
Hille	322.075	322.075	322.075	322.075	1.288.300
Hochsauerlandkreis	2.075.175	2.075.175	2.075.175	2.075.175	8.300.700
Holzwickede	198.328	198.328	198.328	198.328	793.312
Hopsten	140.313	140.313	140.313	140.313	561.252
Horn-Bad Meinberg, Stadt	459.885	459.885	459.885	459.885	1.839.540
Hörstel, Stadt	272.099	272.099	272.099	272.099	1.088.396
Horstmar, Stadt	119.993	119.993	119.993	119.993	479.972
Hövelhof	151.371	151.371	151.371	151.371	605.484
Höxter, Kreis	1.095.084	1.095.084	1.095.084	1.095.084	4.380.336
Höxter, Stadt	560.504	560.504	560.504	560.504	2.242.016
Hückelhoven, Stadt	1.006.068	1.006.068	1.006.068	1.006.068	4.024.272
Hückeswagen, Stadt	228.281	228.281	228.281	228.281	913.124
Hüllhorst	231.106	231.106	231.106	231.106	924.424
Hünxe	167.163	167.163	167.163	167.163	668.652
Hürtgenwald	127.715	127.715	127.715	127.715	510.860
Hürth, Stadt	623.875	623.875	623.875	623.875	2.495.500
Ibbenbüren, Stadt	1.075.160	1.075.160	1.075.160	1.075.160	4.300.640
Inden	85.094	85.094	85.094	85.094	340.376
Iserlohn, Stadt	2.308.177	2.308.177	2.308.177	2.308.177	9.232.708
Isselburg, Stadt	143.944	143.944	143.944	143.944	575.776
Issum	121.739	121.739	121.739	121.739	486.956
Jüchen	291.852	291.852	291.852	291.852	1.167.408
Jülich, Stadt	516.315	516.315	516.315	516.315	2.065.260
Kaarst, Stadt	470.450	470.450	470.450	470.450	1.881.800
Kalkar, Stadt	288.657	288.657	288.657	288.657	1.154.628
Kall	123.943	123.943	123.943	123.943	495.772
Kalletal	271.387	271.387	271.387	271.387	1.085.548
Kamen, Stadt	1.179.664	1.179.664	1.179.664	1.179.664	4.718.656
Kamp-Lintfort, Stadt	1.118.163	1.118.163	1.118.163	1.118.163	4.472.652
Kempen, Stadt	410.858	410.858	410.858	410.858	1.643.432
Kerken	102.637	102.637	102.637	102.637	410.548

Kreditkontingente "Gute Schule 2020" (alphabetisch sortiert)**Anlage**

Gebietskörperschaft	Kreditkontingent "Gute Schule 2020"				
	2017	2018	2019	2020	insgesamt 2017 - 2020
	EUR				
Kerpen, Stadt	1.321.512	1.321.512	1.321.512	1.321.512	5.286.048
Kevelaer, Stadt	519.361	519.361	519.361	519.361	2.077.444
Kierspe, Stadt	410.243	410.243	410.243	410.243	1.640.972
Kirchhundem	84.457	84.457	84.457	84.457	337.828
Kirchlengern	124.748	124.748	124.748	124.748	498.992
Kleve, Kreis	1.998.942	1.998.942	1.998.942	1.998.942	7.995.768
Kleve, Stadt	1.330.142	1.330.142	1.330.142	1.330.142	5.320.568
Köln, kreisfreie Stadt	24.895.086	24.895.086	24.895.086	24.895.086	99.580.344
Königswinter, Stadt	497.897	497.897	497.897	497.897	1.991.588
Korschenbroich, Stadt	312.956	312.956	312.956	312.956	1.251.824
Kranenburg	171.825	171.825	171.825	171.825	687.300
Krefeld, kreisfreie Stadt	7.519.110	7.519.110	7.519.110	7.519.110	30.076.440
Kreuzau	285.330	285.330	285.330	285.330	1.141.320
Kreuztal, Stadt	358.064	358.064	358.064	358.064	1.432.256
Kürten	316.547	316.547	316.547	316.547	1.266.188
Ladbergen	96.082	96.082	96.082	96.082	384.328
Laer	114.121	114.121	114.121	114.121	456.484
Lage, Stadt	793.297	793.297	793.297	793.297	3.173.188
Landschaftsverband Rheinland	11.588.208	11.588.208	11.588.208	11.588.208	46.352.832
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	14.749.610	14.749.610	14.749.610	14.749.610	58.998.440
Langenberg	90.091	90.091	90.091	90.091	360.364
Langenfeld (Rhld.), Stadt	641.939	641.939	641.939	641.939	2.567.756
Langerwehe	300.222	300.222	300.222	300.222	1.200.888
Legden	103.652	103.652	103.652	103.652	414.608
Leichlingen (Rhld.), Stadt	462.088	462.088	462.088	462.088	1.848.352
Lemgo, Stadt	717.420	717.420	717.420	717.420	2.869.680
Lengerich, Stadt	364.027	364.027	364.027	364.027	1.456.108
Lennestadt, Stadt	328.649	328.649	328.649	328.649	1.314.596
Leopoldshöhe	229.008	229.008	229.008	229.008	916.032
Leverkusen, kreisfreie Stadt	4.078.598	4.078.598	4.078.598	4.078.598	16.314.392
Lichtenau, Stadt	194.703	194.703	194.703	194.703	778.812
Lienen	133.214	133.214	133.214	133.214	532.856
Lindlar	267.022	267.022	267.022	267.022	1.068.088
Linnich, Stadt	112.418	112.418	112.418	112.418	449.672
Lippe, Kreis	2.240.778	2.240.778	2.240.778	2.240.778	8.963.112
Lippetal	222.639	222.639	222.639	222.639	890.556
Lippstadt, Stadt	1.408.808	1.408.808	1.408.808	1.408.808	5.635.232
Lohmar	421.528	421.528	421.528	421.528	1.686.112
Löhne, Stadt	749.570	749.570	749.570	749.570	2.998.280
Lotte	142.636	142.636	142.636	142.636	570.544
Lübbecke, Stadt	322.180	322.180	322.180	322.180	1.288.720
Lüdenscheid, Stadt	1.333.660	1.333.660	1.333.660	1.333.660	5.334.640
Lüdinghausen, Stadt	385.142	385.142	385.142	385.142	1.540.568
Lügde, Stadt	202.759	202.759	202.759	202.759	811.036
Lünen, Stadt	2.420.072	2.420.072	2.420.072	2.420.072	9.680.288
Marienheide	232.309	232.309	232.309	232.309	929.236
Marienmünster, Stadt	129.486	129.486	129.486	129.486	517.944
Märkischer, Kreis	2.264.665	2.264.665	2.264.665	2.264.665	9.058.660
Marl, Stadt	1.772.933	1.772.933	1.772.933	1.772.933	7.091.732
Marsberg, Stadt	340.142	340.142	340.142	340.142	1.360.568
Mechernich, Stadt	588.912	588.912	588.912	588.912	2.355.648
Meckenheim, Stadt	239.170	239.170	239.170	239.170	956.680
Medebach, Stadt	132.708	132.708	132.708	132.708	530.832
Meerbusch, Stadt	591.912	591.912	591.912	591.912	2.367.648
Meinerzhagen, Stadt	157.318	157.318	157.318	157.318	629.272
Menden (Sauerland), Stadt	847.539	847.539	847.539	847.539	3.390.156
Merzenich	106.312	106.312	106.312	106.312	425.248
Meschede, Stadt	376.770	376.770	376.770	376.770	1.507.080
Metelen	129.255	129.255	129.255	129.255	517.020
Mettingen	127.884	127.884	127.884	127.884	511.536
Mettmann, Kreis	946.144	946.144	946.144	946.144	3.784.576
Mettmann, Stadt	527.293	527.293	527.293	527.293	2.109.172

Kreditkontingente "Gute Schule 2020" (alphabetisch sortiert)**Anlage**

Gebietskörperschaft	Kreditkontingent "Gute Schule 2020"				
	2017	2018	2019	2020	insgesamt 2017 - 2020
	EUR				
Minden, Stadt	2.240.955	2.240.955	2.240.955	2.240.955	8.963.820
Minden-Lübbecke, Kreis	1.889.726	1.889.726	1.889.726	1.889.726	7.558.904
Moers, Stadt	2.631.638	2.631.638	2.631.638	2.631.638	10.526.552
Möhnesee	144.977	144.977	144.977	144.977	579.908
Mönchengladbach, krfr. Stadt	9.135.387	9.135.387	9.135.387	9.135.387	36.541.548
Monheim, Stadt	612.744	612.744	612.744	612.744	2.450.976
Monschau, Stadt	141.111	141.111	141.111	141.111	564.444
Morsbach	106.620	106.620	106.620	106.620	426.480
Much	222.047	222.047	222.047	222.047	888.188
Mülheim a.d. Ruhr, krfr. Stadt	3.852.025	3.852.025	3.852.025	3.852.025	15.408.100
Münster, krfr. Stadt	5.138.974	5.138.974	5.138.974	5.138.974	20.555.896
Nachrodt-Wiblingwerde	125.484	125.484	125.484	125.484	501.936
Netphen, Stadt	241.647	241.647	241.647	241.647	966.588
Nettersheim	115.978	115.978	115.978	115.978	463.912
Nettetal, Stadt	749.851	749.851	749.851	749.851	2.999.404
Neuenkirchen	179.504	179.504	179.504	179.504	718.016
Neuenrade, Stadt	87.493	87.493	87.493	87.493	349.972
Neukirchen-Vluyn, Stadt	484.222	484.222	484.222	484.222	1.936.888
Neunkirchen	191.341	191.341	191.341	191.341	765.364
Neunkirchen-Seelscheid	245.048	245.048	245.048	245.048	980.192
Neuss, Stadt	1.802.181	1.802.181	1.802.181	1.802.181	7.208.724
Nideggen, Stadt	161.556	161.556	161.556	161.556	646.224
Niederkassel, Stadt	518.941	518.941	518.941	518.941	2.075.764
Niederkrüchten	164.637	164.637	164.637	164.637	658.548
Niederzier	178.254	178.254	178.254	178.254	713.016
Nieheim, Stadt	162.035	162.035	162.035	162.035	648.140
Nordkirchen	209.012	209.012	209.012	209.012	836.048
Nordwalde	188.920	188.920	188.920	188.920	755.680
Nörvenich	162.732	162.732	162.732	162.732	650.928
Nottuln	173.483	173.483	173.483	173.483	693.932
Nümbrecht	247.454	247.454	247.454	247.454	989.816
Oberbergischer Kreis	1.654.773	1.654.773	1.654.773	1.654.773	6.619.092
Oberhausen, kreisfreie Stadt	7.654.841	7.654.841	7.654.841	7.654.841	30.619.364
Ochtrup, Stadt	394.851	394.851	394.851	394.851	1.579.404
Odenthal	218.495	218.495	218.495	218.495	873.980
Oelde, Stadt	318.362	318.362	318.362	318.362	1.273.448
Oer-Erkenschwick, Stadt	862.921	862.921	862.921	862.921	3.451.684
Oerlinghausen, Stadt	253.784	253.784	253.784	253.784	1.015.136
Olfen, Stadt	254.863	254.863	254.863	254.863	1.019.452
Olpe, Kreis	820.872	820.872	820.872	820.872	3.283.488
Olpe, Stadt	355.554	355.554	355.554	355.554	1.422.216
Olzberg, Stadt	136.882	136.882	136.882	136.882	547.528
Ostbevern	176.772	176.772	176.772	176.772	707.088
Overath	465.639	465.639	465.639	465.639	1.862.556
Paderborn, Kreis	1.928.949	1.928.949	1.928.949	1.928.949	7.715.796
Paderborn, Stadt	3.681.569	3.681.569	3.681.569	3.681.569	14.726.276
Petershagen, Stadt	530.899	530.899	530.899	530.899	2.123.596
Plettenberg, Stadt	306.983	306.983	306.983	306.983	1.227.932
Porta Westfalica, Stadt	471.816	471.816	471.816	471.816	1.887.264
Preußisch Oldendorf, Stadt	209.017	209.017	209.017	209.017	836.068
Pulheim, Stadt	703.897	703.897	703.897	703.897	2.815.588
Radevormwald, Stadt	294.366	294.366	294.366	294.366	1.177.464
Raesfeld	111.048	111.048	111.048	111.048	444.192
Rahden, Stadt	339.644	339.644	339.644	339.644	1.358.576
Ratingen, Stadt	858.863	858.863	858.863	858.863	3.435.452
Recke	197.032	197.032	197.032	197.032	788.128
Recklinghausen, Kreis	2.651.228	2.651.228	2.651.228	2.651.228	10.604.912
Recklinghausen, Stadt	3.943.647	3.943.647	3.943.647	3.943.647	15.774.588
Rees, Stadt	511.950	511.950	511.950	511.950	2.047.800
Reichshof	231.078	231.078	231.078	231.078	924.312
Reken	152.338	152.338	152.338	152.338	609.352
Remscheid, kreisfreie Stadt	3.053.012	3.053.012	3.053.012	3.053.012	12.212.048

Kreditkontingente "Gute Schule 2020" (alphabetisch sortiert)**Anlage**

Gebietskörperschaft	Kreditkontingent "Gute Schule 2020"				
	2017	2018	2019	2020	insgesamt 2017 - 2020
	EUR				
Rheda-Wiedenbrück, Stadt	602.875	602.875	602.875	602.875	2.411.500
Rhede, Stadt	191.443	191.443	191.443	191.443	765.772
Rhein.-Berg. Kreis	1.097.940	1.097.940	1.097.940	1.097.940	4.391.760
Rheinbach, Stadt	328.570	328.570	328.570	328.570	1.314.280
Rheinberg, Stadt	351.552	351.552	351.552	351.552	1.406.208
Rheine, Stadt	1.749.639	1.749.639	1.749.639	1.749.639	6.998.556
Rhein-Erft-Kreis, Kreis	2.085.537	2.085.537	2.085.537	2.085.537	8.342.148
Rhein-Kreis Neuss, Kreis	1.851.483	1.851.483	1.851.483	1.851.483	7.405.932
Rhein-Sieg-Kreis	3.580.598	3.580.598	3.580.598	3.580.598	14.322.392
Rheurdt	106.569	106.569	106.569	106.569	426.276
Rietberg, Stadt	367.418	367.418	367.418	367.418	1.469.672
Rödinghausen	131.773	131.773	131.773	131.773	527.092
Roetgen	83.333	83.333	83.333	83.333	333.332
Rommerskirchen	98.966	98.966	98.966	98.966	395.864
Rosendahl	124.063	124.063	124.063	124.063	496.252
Rösrath	422.792	422.792	422.792	422.792	1.691.168
Ruppichteroth	185.990	185.990	185.990	185.990	743.960
Rüthen, Stadt	221.090	221.090	221.090	221.090	884.360
Saerbeck	161.840	161.840	161.840	161.840	647.360
Salzkotten, Stadt	307.449	307.449	307.449	307.449	1.229.796
Sankt Augustin, Stadt	1.076.703	1.076.703	1.076.703	1.076.703	4.306.812
Sassenberg, Stadt	198.044	198.044	198.044	198.044	792.176
Schalksmühle	83.333	83.333	83.333	83.333	333.332
Schermbach	266.880	266.880	266.880	266.880	1.067.520
Schieder-Schwalenberg, Stadt	175.597	175.597	175.597	175.597	702.388
Schlangen	138.706	138.706	138.706	138.706	554.824
Schleiden, Stadt	298.305	298.305	298.305	298.305	1.193.220
Schloß Holte-Stukenbrock	326.322	326.322	326.322	326.322	1.305.288
Schmallenberg, Stadt	463.324	463.324	463.324	463.324	1.853.296
Schöppingen	102.950	102.950	102.950	102.950	411.800
Schwalmatal	433.843	433.843	433.843	433.843	1.735.372
Schwelm, Stadt	412.516	412.516	412.516	412.516	1.650.064
Schwerte, Stadt	912.538	912.538	912.538	912.538	3.650.152
Selfkant	188.528	188.528	188.528	188.528	754.112
Selm, Stadt	695.128	695.128	695.128	695.128	2.780.512
Senden	311.464	311.464	311.464	311.464	1.245.856
Sendenhorst, Stadt	83.333	83.333	83.333	83.333	333.332
Siegburg, Stadt	803.072	803.072	803.072	803.072	3.212.288
Siegen, Stadt	2.202.975	2.202.975	2.202.975	2.202.975	8.811.900
Siegen-Wittgenstein, Kreis	1.553.204	1.553.204	1.553.204	1.553.204	6.212.816
Simmerath	198.161	198.161	198.161	198.161	792.644
Soest, Kreis	1.945.434	1.945.434	1.945.434	1.945.434	7.781.736
Soest, Stadt	1.116.723	1.116.723	1.116.723	1.116.723	4.466.892
Solingen, kreisfreie Stadt	4.052.962	4.052.962	4.052.962	4.052.962	16.211.848
Sonsbeck	109.132	109.132	109.132	109.132	436.528
Spenge, Stadt	275.118	275.118	275.118	275.118	1.100.472
Sprockhövel, Stadt	114.210	114.210	114.210	114.210	456.840
Stadtlohn, Stadt	319.809	319.809	319.809	319.809	1.279.236
Steinfurt, Kreis	3.343.118	3.343.118	3.343.118	3.343.118	13.372.472
Steinfurt, Stadt	921.745	921.745	921.745	921.745	3.686.980
Steinhagen	233.316	233.316	233.316	233.316	933.264
Steinheim, Stadt	290.039	290.039	290.039	290.039	1.160.156
Stemwede	145.234	145.234	145.234	145.234	580.936
Stolberg (Rhld.), Stadt	1.412.366	1.412.366	1.412.366	1.412.366	5.649.464
Straelen, Stadt	177.648	177.648	177.648	177.648	710.592
Südlohn	91.686	91.686	91.686	91.686	366.744
Sundern (Sauerland), Stadt	372.091	372.091	372.091	372.091	1.488.364
Swisttal	235.820	235.820	235.820	235.820	943.280
Tecklenburg, Stadt	227.460	227.460	227.460	227.460	909.840
Telgte, Stadt	253.640	253.640	253.640	253.640	1.014.560
Titz	121.017	121.017	121.017	121.017	484.068
Tönisvorst, Stadt	343.080	343.080	343.080	343.080	1.372.320

Kreditkontingente "Gute Schule 2020" (alphabetisch sortiert)**Anlage**

Gebietskörperschaft	Kreditkontingent "Gute Schule 2020"				
	2017	2018	2019	2020	insgesamt 2017 - 2020
	EUR				
Troisdorf, Stadt	1.200.616	1.200.616	1.200.616	1.200.616	4.802.464
Übach-Palenberg, Stadt	593.432	593.432	593.432	593.432	2.373.728
Uedem	116.045	116.045	116.045	116.045	464.180
Unna, Kreis	1.850.027	1.850.027	1.850.027	1.850.027	7.400.108
Unna, Stadt	1.702.533	1.702.533	1.702.533	1.702.533	6.810.132
Velbert, Stadt	1.551.340	1.551.340	1.551.340	1.551.340	6.205.360
Velen	189.405	189.405	189.405	189.405	757.620
Verl	331.773	331.773	331.773	331.773	1.327.092
Versmold, Stadt	137.050	137.050	137.050	137.050	548.200
Vettweiß	148.412	148.412	148.412	148.412	593.648
Viersen, Kreis	1.823.417	1.823.417	1.823.417	1.823.417	7.293.668
Viersen, Stadt	1.661.461	1.661.461	1.661.461	1.661.461	6.645.844
Vlotho, Stadt	227.571	227.571	227.571	227.571	910.284
Voerde (Niederrhein), Stadt	779.720	779.720	779.720	779.720	3.118.880
Vreden, Stadt	377.193	377.193	377.193	377.193	1.508.772
Wachtberg	131.707	131.707	131.707	131.707	526.828
Wachtendonk	83.333	83.333	83.333	83.333	333.332
Wadersloh	157.128	157.128	157.128	157.128	628.512
Waldbröl, Stadt	673.075	673.075	673.075	673.075	2.692.300
Waldfeucht	151.584	151.584	151.584	151.584	606.336
Waltrop, Stadt	836.640	836.640	836.640	836.640	3.346.560
Warburg, Stadt	523.106	523.106	523.106	523.106	2.092.424
Warendorf, Kreis	1.788.858	1.788.858	1.788.858	1.788.858	7.155.432
Warendorf, Stadt	760.748	760.748	760.748	760.748	3.042.992
Warstein, Stadt	280.171	280.171	280.171	280.171	1.120.684
Wassenberg, Stadt	481.959	481.959	481.959	481.959	1.927.836
Weeze	136.568	136.568	136.568	136.568	546.272
Wegberg, Stadt	475.872	475.872	475.872	475.872	1.903.488
Weilerswist	280.163	280.163	280.163	280.163	1.120.652
Welver	181.692	181.692	181.692	181.692	726.768
Wenden	167.004	167.004	167.004	167.004	668.016
Werdohl, Stadt	383.267	383.267	383.267	383.267	1.533.068
Werl, Stadt	700.223	700.223	700.223	700.223	2.800.892
Wermelskirchen, Stadt	416.954	416.954	416.954	416.954	1.667.816
Werne, Stadt	370.583	370.583	370.583	370.583	1.482.332
Werther (Westf.), Stadt	95.511	95.511	95.511	95.511	382.044
Wesel, Kreis	2.652.030	2.652.030	2.652.030	2.652.030	10.608.120
Wesel, Stadt	1.453.179	1.453.179	1.453.179	1.453.179	5.812.716
Wesseling, Stadt	476.843	476.843	476.843	476.843	1.907.372
Westerkappeln	181.826	181.826	181.826	181.826	727.304
Wetter (Ruhr), Stadt	233.210	233.210	233.210	233.210	932.840
Wettringen	115.113	115.113	115.113	115.113	460.452
Wickede (Ruhr)	121.135	121.135	121.135	121.135	484.540
Wiehl, Stadt	302.395	302.395	302.395	302.395	1.209.580
Willebadessen, Stadt	241.323	241.323	241.323	241.323	965.292
Willich, Stadt	507.994	507.994	507.994	507.994	2.031.976
Wilnsdorf	203.300	203.300	203.300	203.300	813.200
Windeck	491.259	491.259	491.259	491.259	1.965.036
Winterberg, Stadt	272.381	272.381	272.381	272.381	1.089.524
Wipperfürth, Stadt	348.226	348.226	348.226	348.226	1.392.904
Witten, Stadt	2.241.796	2.241.796	2.241.796	2.241.796	8.967.184
Wülfrath, Stadt	233.576	233.576	233.576	233.576	934.304
Wuppertal, kreisfreie Stadt	12.287.594	12.287.594	12.287.594	12.287.594	49.150.376
Würselen, Stadt	540.968	540.968	540.968	540.968	2.163.872
Xanten, Stadt	418.652	418.652	418.652	418.652	1.674.608
Zülpich, Stadt	344.475	344.475	344.475	344.475	1.377.900
Insgesamt	500.000.000	500.000.000	500.000.000	500.000.000	2.000.000.000

Einzelpreis dieser Nummer 4,05 Euro

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 33,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 67,– Euro (Kalenderjahr), zahlbar im Voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.**Einzelbestellungen:** Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur auf Grund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Im Namen der Landesregierung, das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf.

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-5359